

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 M., bei Blankvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen die 7 gelbaltene Zeile 1.70 M. Restame-Kolonellzeile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Verkaufsstellen entgegen.

Der Rücktritt Wermuths.

Neu-kommunistische Verlegenheitsreden.

Berlin, 26. November. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung sprach der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse Dr. Weyl, dem scheidenden Oberbürgermeister seinen Dank und das lebhafteste Bedauern über seinen Rücktritt aus. Er erklärte, daß auch erbitterte Gegner des Oberbürgermeisters wahrscheinlich mit lebhaftem Bedauern seinen Schritt aufnehmen werden, angesichts der vielen Schwierigkeiten der Uebergangszeit, die noch zu bewältigen sind. Für die Sozialdemokraten schloß sich der Stadtverordnete Henmann dem Danke an und sprach den Wunsch aus, daß der scheidende Oberbürgermeister doch noch zur Rücknahme seines Gesuches gebracht werden könne. Auch der Genosse Leib gab dem gleichen Gedanken Ausdruck. Von den Neu-kommunisten, die durch ihre Haltung in der Frage des Vertrauensvotums den Rücktritt des Oberbürgermeisters allein verschuldet haben, bestritt der Stadtverordnete Dörr, daß die Haltung seiner Fraktion in der Vertrauenssache den Rücktritt des Oberbürgermeisters verschuldet habe. Auch der demokratische Abgeordnete Dr. Dose schloß sich den Dankesworten des Vorstehers an und erkannte ausdrücklich die außerordentlichen Verdienste und die ungewöhnliche Verwaltungsgabe des Oberbürgermeisters an. Adolf Hoffmann wurde von der Rechten mit dem Ruf: Der neue Oberbürgermeister! und großer Heiterkeit begrüßt. Er erklärte: die Mehrheitssozialisten selbst haben die Schuld, daß der Oberbürgermeister gehen muß. Wir waren gegen ein Vertrauensvotum, weil jemand, der seine Pflicht tut, kein besonderes Verstum nötig hat.

Zur Zeit schwerer noch Verhandlungen im Magistrat sowohl wie zwischen beiden sozialdemokratischen Parteien, um den Oberbürgermeister zu bewegen, auf seinem Posten zu verbleiben. Die Aussichten scheinen indes sehr gering, da der Oberbürgermeister bei seinem Rücktrittsgesuch bleiben will. Er hat die Absicht, sich auf seine Besitzung in seiner Heimat am Deister zurückzuziehen und gedenkt Berlin bald zu verlassen.

Kohlenabkommen und Transport-schwierigkeiten.

Berlin, 26. November. Die in Paris in diesen Tagen stattgefundenen Verhandlungen mit der Wiedergutmachungskommission über eine anderweitige Regelung des Abtransportes der vereinbarten Lieferung von Kohlen haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Von den deutschen Vertretern wurde der Vorschlag gemacht, der ungünstigen Transportlage für die zu liegenden Kohlen durch eine vermehrte Waggongestellung Frankreichs und Belgiens abzuhelfen. Der Vorschlag wurde von französischer Seite mit dem Hinweis abgelehnt, daß die französischen Eisenbahnen zu stark in Anspruch genommen seien. Die Wiedergutmachungskommission versprach eine Waggongestellung von 10 Prozent für den Abtransport der Kohlen. Demgegenüber wiesen die deutschen Vertreter darauf hin, daß dann 10 Prozent der abzuliefernden Kohlenmengen nicht geliefert werden können. Die Verhandlungen werden jetzt mit den Franzosen fortgesetzt.

Kabinettskrise in Polen.

Berlin, 26. November. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Der Korrespondent der Rostocker Zeitung meldet aus Warschau über die dortige Kabinettskrise: Bis zum Abgang seines Telegramms war noch nicht entschieden ob der Rücktritt des polnischen Finanzministers Grabski lokalisiert bleibe oder aber den Rücktritt des Gesamtkabinetts Witos-Daszynski nach sich ziehen wird. Gestern und heute vormittag fanden in dieser Frage Sitzungen aller Fraktionen statt. Gegenwärtig verhandelt der Premierminister Witos mit den Vorsitzenden jener Sejm-Fraktionen, die im Kabinett vertreten sind. Alle Mittelparteien sind dafür, daß in Anbetracht der außerordentlich schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage die allgemeine Ministerkrise vermieden wird. Weniger sicher ist dagegen die Stellung der äußersten Parteien links und rechts. Daß die Rechte an Stelle des zurückgetretenen Finanzministers Grabski ein anderes Parteimitglied für diesen Posten nominieren könnte, erscheint weniger wahrscheinlich. Es bleibt daher die Möglichkeit, daß an Stelle des bisherigen Koalitionskabinetts eine rein sozialistische Regierung tritt, die im Reichstag kaum auf eine tragfähige Mehrheit rechnen könnte. Gestern soll auch der Handelsminister Chrzanoski, der von der sogenannten Bürgerpartei in die Regierung entsandt wurde, von seiner Fraktion die Aufforderung erhalten haben, seine Demission einzureichen, was die Ministerkrise noch weiter verschärfen würde. Der gerüchtweise als bevorstehend bezeichnete Rücktritt des Kriegsministers wird amtlicherseits in Abrede gestellt. Dagegen sind Gerüchte vom Rücktritt des Generalstabschefs Roswadowski im Umlauf, der mit den Rigauer Unstimmigkeiten wegen des angeblich nicht rechtzeitigen Rückzugs der polnischen Armee hinter die festgestellte Friedenslinie in Verbindung gebracht wird.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 25. November. Im Kammerauschuß für Auswärtige Angelegenheiten sprach Ministerpräsident Lyautey über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Er soll dabei als Abstimmungstermin die Zeit gegen den 5. Januar angegeben haben. Als kritisch bezeichnete er die Frage, ob allen außerhalb Oberschlesiens wohnhaften Oberschlesiern das Stimmrecht verliehen werden soll. Es handle sich um 250—300 000 Deutsche. Das könne eine große Gefahr für die Ordnung bedeuten. Die Interalliierte Kommission werde demnächst ihre Entscheidung in dieser Frage treffen.

Der Vorwärts wendet sich entschieden gegen diese Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten. Er sagt: Nie und nimmer würde das deutsche Volk eine Abstimmung, die auf solcher Grundlage den Polen einen leichten Sieg zuspielt, als rechtmäßig anerkennen.

Kattowitz, 26. November. Die internationale Abstimmungskommission hat die Bildung von Abstimmungsausschüssen für alle Gemeinden Oberschlesiens binnen fünf Tagen angeordnet.

Deutsche Beschwerden.

Kattowitz, 25. November. Der deutsche Plebiszitkommissar in Kattowitz, Urbanek, hat zwei Telegramme an General Lezond gerichtet. In dem ersten warnt er vor Mißgriffen bei der Umbildung der blauen Polizei. Einbrüche und Morde seien Tagesereignisse. Die Hohe Kommission habe die Verantwortung für die Sicherheit des Landes, die Folgen verfehlter Experimente aber trage das ober-schlesische Volk. Neue schwere Ereignisse ständen ersichtlich bevor. In dem zweiten Telegramm protestiert der deutsche Plebiszitkommissar gegen den Ausschluß sämtlicher Staats- und Kommunalbeamten und Geistlichen von der Teilnahme an den örtlichen Abstimmungsbehörden, da Beamte und Geistliche laut der Reichsverfassung politische Bürger mit allen Rechten und Pflichten seien. Der Kommissar wendet sich weiter gegen die Weisheit von einzelnen Verfügungen nichtöffentlichen Charakters über den Abstimmungsapparat in den einzelnen Kreisen. Die Öffentlichkeit habe ein Recht, darüber zu wachen, daß diese unendlich wichtigen Vorgänge der Abstimmung sich liberal nach klaren, offenen und gleichmäßigen Grundsätzen vollziehen.

Schießerei in Tarnowitz.

Tarnowitz, 25. November. (WZ.) In dem bisher schon recht unruhigen Orte Stollarzowitz wurde in der Nacht zum Mittwoch bei einer Hochzeitsfeier ein Wachtmeister der Abstimmungsvorgänge von einem Polen andauernd belästigt, der schließlich eine Ohrfeige davontrug. Darauf wurden die anwesenden 12 Mann der Abstimmungspolizei umstellt und mit Karabinern und Pistolen angegriffen. 60 bis 80 Schuß wurden abgegeben. Die telefonische Verbindung wurde abgeschnitten. Der auf dem Schauplatz erscheinende englische Kreisinspektor wurde angehalten und mußte sich schließlich mit der Waffe Bahn schaffen. Zwei Haupttätbeteiligte wurden verhaftet. Die Waffen waren mit einem Schläge verschwunden. Eine Anzahl Personen wurde verletzt.

Zur Berner Konferenz.

Wie aus einer Veröffentlichung der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hervorgeht, werden die französischen Delegierten, die auf dem Boden der 2. Internationale stehen (Renandel) und die auf Grund der Verhältniswahl in Frankreich für die Konferenz in Bern bestimmt wurden, ihr Mandat nicht ausüben.

Die Geschäftsleitung der Schweizerischen Partei erkennt an, daß damit die von einigen Parteien gegen die Besetzung der Konferenz geltend gemachten Bedenken fortjallen.

Das Ergebnis der Entwaffnungsaktion.

Berlin, 25. November. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis des ersten Teils der Entwaffnungsaktion folgendes:

Freiwillig abgeliefert, angekauft, beschlagnahmt, sowie von Organisationen und Fabriken angemeldet sind: 925 Gewehre, 17537 Maschinengewehre, 1678 Maschinepistolen, 2 103 441 Gewehre und Karabiner, 76 818 Revolver und Pistolen, 83 941 Handgranaten, 3453 Geschützteile, 245 272 Maschinengewehrteile, 296 802 Gewehrteile, 45 781 151 Stück Handfeuerwaffenmunition.

Die Einschlebung der Maschinengewehre (8404 Stück) und Gewehre (801 653 Stück) von den Organisationen und Fabriken ist im Gange. Durchsuchungen und Untersuchungen werden nunmehr überall dort stattfinden, wo das Ableserergebnis ungünstig gewesen ist.

Das Abkommen zwischen Bolschewissen und türkischen Nationalisten.

Amsterdam, 25. November. Reuter meldet aus Konstantinopel: Der aus Ungarn zurückgekehrte Delegierte des Grochwitss berichtet, die Kemalisten seien bereit, über eine Annäherung zu reden, wenn die Mächte zustimmen, daß der Vertrag von Sevres so abgeändert werde, daß der osmanische Staat lebensfähig werde. Weiterhin wird berichtet, daß das Abkommen zwischen Bolschewissen und den Kemalisten die Verpflichtung Kustands enthält, die Türkei finanziell zu unterstützen und zwei Armeekorps nach der Türkei zu entsenden. Die Türkei verpflichtet sich, den russischen Delegierten zu ermöglichen, den Kommunismus in der Türkei zu fördern.

Scharfmachereien auf dem deutschen Städtetag.

Ueber die Tagung des Hauptauschusses des deutschen Städtetags bringt die Presse nur wenig Notizen, aus denen sich die Öffentlichkeit kein Bild von den Verhandlungen, und vor allem von den Beschlüssen, machen kann. Und doch sind diese Verhandlungen besonders für die Arbeiterschaft von großer Wichtigkeit. Erfährt die Öffentlichkeit erst, welche Forderungen dort beschlossen worden, dann gibt es, wie der hannoversche Oberbürgermeister Leinert den Herren sagte, einen großen Entrüstungsturm.

In den früheren Sitzungen des Städtetags, sogar in denen während des Krieges, sind zuweilen Forderungen aufgestellt und mit Nachdruck vertreten worden, die im Interesse des sozialen Fortschritts gelegen haben; jetzt aber scheint der Städtetag völlig in reaktionäre Fahrwasser gekommen zu sein.

Eine der brennendsten Fragen für die Städte ist die Wohnungsnot. Etwa eine Million Familien haben in Deutschland keine Wohnung. Die Bauzuschüsse des Reichs und der Staaten an die Gemeinden sind kaum ein Tropfen auf einen heißen Stein, und die Gemeinden selbst sind zu überlastet, daß sie die Mittel für den Wohnungsbau allein nicht aufbringen können. Der Wohnungsbau verlagert vollständig, und wo er sich am Wohnungsbau beteiligt, schließt er die Reichszuschüsse und macht dann mit den Privatgebäuden gute Spekulationsgeschäfte.

Es ist daher selbstverständlich, daß der Städtetag sich nun ernstlich mit der Wohnungsnot beschäftigen mußte. Aber wie tat er dies? Er behandelte fast ausschließlich die Frage vom Standpunkt der Kapitalbeschaffung. Dabei trat nun eine Scharfmacherei gegen die Mieter zutage, wie man sie sonst nur bei den Industriellen a la Stumm und seinen Nachfahren gewohnt ist. Durch eine Mietsteuer und die Steigerung der Mieten um das Drei- und Vierfache für die vor und während des Krieges gebauten Häuser sollen die Summen ausgebracht werden, mit denen der Wohnungsbau betrieben und auch die alten Häuser neu hergestellt werden sollen. Die Arbeiter und Angestellten, so wurde freisüßig behauptet, hätten den entsprechenden Lohn und könnten diese Steigerung sehr wohl tragen. Nebenbei, so wurde gesagt, könnte auch aus politischen Gründen eine Wohnungsteuer für die Reichen gefordert werden. Daß diese nicht viel einbringe, wisse man sehr wohl, aber man könne doch nicht der Mieterschaft die ganzen Lasten aufzulegen, ohne auch so zu tun, als ob nicht auch die Reichen mit herangezogen würden. Fasse man in der vorgeschlagenen Weise ordentlich zu, so würde dies Summen ergeben, mit denen ein großer Teil der Wohnungsnot beseitigt werden könnte. Wenn darauf verwiesen werde, daß solche exorbitanten Mietsteigerungen doch nur wieder neue Lohn- und Gehaltsforderungen bringen würden, so sei dies nicht unbedingt richtig; denn Mieter, die heute nur wenig mehr Miete als zur Friedenszeit zahlten, aber die vierfach gestiegenen Löhne und Gehalte hätten, müßten sich eben zu höheren Mietleistungen bekommen, ohne daß sie neue Lohnforderungen stellten. Wie wolle man es rechtfertigen, daß die Mieter der jetzt gebauten teuren Häuser drei- und vierfach höhere Mietbeträge zahlten als die Mieter der früher gebauten Häuser zahlten? Die Mietsteigerungen dürften allerdings nicht vom Grundstücksbesitzer eingestekt werden, sondern müßten zum Bau neuer und zur Wiederherstellung alter Häuser verwendet werden. Der Deutsche Städtetag fordere daher mit Nachdruck, daß das so vielfach belümmelte Mieteregesetz endlich durchgesetzt werde. Der Regierungsentwurf biete eine geeignete Grundlage für die Forderungen, wie sie der Städtetag erhebe. Wenn gegen das Gesetz eingewendet werde, es wirke antisozial, so sei dies hinfällig. Die Abgeordneten unter den Vertretern des Städtetags müßten jetzt endlich ihre ganze Kraft aufbieten, daß das Gesetz bald beraten und verabschiedet werde.

Der Hauptreferent, Syndikus Sembriky aus Charlottenburg, berichtete sodann über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium, wobei er zum Ausdruck brachte, daß dort keine Leute mit praktischem Verständnis seien, denn sie seien merkwürdigerweise (!) von der Auffassung befangen, daß die Wohnungsnot nicht anders als durch die Sozialisierung des Wohnungsbaus beseitigt werden könnte. Diese Mitteilung rief lebhafteste Entrüstung hervor. Jetzt, wo das Bürgerium und der Kapitalismus wieder obenauf kommen, gibt es in der Reichsregierung immer noch Leute, die an die Sozialisierung glauben! Die Fragen, fuhr der Syndikus fort, seien im Ministerium so gestellt worden: 1. Freie Wirtschaft, 2. Zwangswirtschaft, und 3. Sozialisierung. Die beiden letzten Arten kämen überhaupt nicht in Betracht, die Zwangswirtschaft habe bankrott gemacht, von Sozialisierung könne keine Rede sein. Die Gemeinden sollten als Träger des Wohnungsbaus auftreten, aber nicht etwa in eigener Regie bauen, denn diese habe sich nicht bewährt; also Privatwirtschaft mit staatlicher und gemeindlicher Unterstützung!

Der Frankfurter Stadtrat Landmann unterstrich die Aus-

Mehrungen des Herrn Sembritzky nach Erhöhung der Mieten und reute sich besonders darüber auf, dass in der Regierung noch solch merkwürdige Leute mit Sozialistengesinnungen seien.

Die Scharfmacheren gegen die Arbeiter riefen den hannoverschen Oberbürgermeister Leinert auf den Plan, der die Herren beschwor, doch nicht gar zu arbeiterfeindlich zu sein, denn wenn bekannt würde, wie hier gegen die Arbeiterschaft gesprochen und die Forderungen begründet würden, dann würde es in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung geben. Er wandte sich auch mit Nachdruck gegen das Meistengesetz, vertat aber dafür mit Energie die Erhebung einer Grundsteuer, wie sie in dem Finanzplan des preussischen Finanzministeriums zum Ausdruck kommt. Für Preußen allein soll diese Grundsteuer jährlich drei Milliarden bringen. Die bürgerlichen Herren riefen Leinert mit Recht zu, dass dies nur eine andre Art der Belastung für die Mieter sei.

Von Interesse sind noch die Ausführungen des Nürnberger Oberbürgermeisters Luppe, der runderheraus erklärte, es könne überhaupt nicht mehr gebaut werden. Die Leute müßten wieder aufs Land, und die in den Städten Verbleibenden müßten eben enger zusammengepackt werden, denn wir seien in Deutschland am Ende des Latens angelangt.

Gegen wenige Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die ganz im Sinne des Referats und der scharfmacherischen Debatte gehalten ist.

Auf Kosten der Arbeiterschaft sollen also nicht nur die notwendigen Bauten ausgeführt werden, die dann Eigentum des privaten Grundbesitzes sind, sondern auch die alten Häuser wieder hergerichtet und damit den Grundstücksbesitzern Milliardenverluste gemacht werden.

Soweit ist nun der Städtetag gekommen! Es ist Zeit, daß dieses Organ der deutschen Stadtvertretungen umgestaltet wird in ein Organ für den kommunalen Fortschritt. Die großen Aufgaben, die die Gemeinde nicht nur beim Wohnungsbau, sondern bei der Kommunalisierung wichtiger Betriebe haben, wie z. B. in der Nahrungsmittelindustrie, zwingt die sozialistischen Gemeindevertreter, sich eingehend mit der Tätigkeit des Städtetags zu beschäftigen und dafür zu sorgen, daß er anders zusammengesetzt wird. Die jetzigen Herren dieser Körperschaft, fast ausschließlich Oberbürgermeister, Stadträte und Stadtverordnetenvorsitzer, haben in Köln ihrem arbeiterfeindlichen Herzen freien Lauf gelassen und gezeigt, daß sie sämtlich nach reaktionären Taten trachten: sie wollen die Regierung für die Förderung des privaten Grundbesitzes in den Städten scharfmachen, was zur weiteren Verschärfung des Klassenkampfes erheblich beitragen wird.

Wer hat recht?

Wie steht die sächsische Regierung zur Dragech?

Die heute eingetroffene Nummer der Dresdner Volkszeitung vom Donnerstag bringt den gestern von uns nach dem Leipziger Tageblatt mitgeteilten Bericht über die Unterredung Eicherichs mit den Ministern Bud und Kühn. Es zeigt sich zugleich, daß die Meldung von der Kapitulation der Regierung vor der Dragech, die ein Vertreter der sächsischen Regierung in der Eicherich-Versammlung abgegeben haben soll, nicht auf eine Meldung der Dresdner Volkszeitung zurückzuführen ist, sondern eigenes Gewächs des Leipziger Tageblatts und der Leipziger Neuesten Nachrichten ist. Die Dresdner Volkszeitung berichtet über die Verhandlungen des Regierungsvertreters in jener Versammlung vielmehr:

Zu dieser vertraulichen Versammlung hatte die Regierung ebenso wie zu der vertraulichen Besprechung der Führer am Nachmittag im Hotel Westminster einen Vertreter zur Berichterstattung entsandt. In der Debatte fragte unter Bezugnahme auf die Veröffentlichung in der Dresdner Volkszeitung der deutschnationalen Redakteur Wischel bei der Versammlungsleitung an, was denn das für Tatsachen seien, die Minister Kühn gegen die Dragech angeführt habe. Herr Eicherich antwortete, daß der Minister keinerlei Tatsachen angeführen könne. (Hört, hört!) Daraufhin sah sich der anwesende Vertreter der Regierung gezwungen, nunmehr doch in die Debatte einzugreifen und aus den Vormittagsverhandlungen nachzuweisen, daß in der Tat Minister Kühn eine ganze Reihe von Tatsachen anführen konnte, die beweisen hätten, daß in Sachen die Dragech ein andres Gesicht trage als anderswo. Minister Kühn habe nachgewiesen, daß in Sachsen tatsächlich eine Verbindung der Dragech mit Kapp-Offizieren bestehe, resp. bestanden habe, daß sie Dragechwerbende eingekerkert, daß sie Requisitionen, Mobilmachungs- und Aufklärungspläne geheim vorbereitet habe, daß sie den Dresdner Bürger als Vermittler benutze, sowie daß sie bei allen ihren Arbeiten und Mitteilungen das Licht der Öffentlichkeit scheue, also unterirdisch arbeite, und daß diese Art ihrer Tätigkeit gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Mai und gegen Artikel 177 des Friedensvertrages verstoße. Den Heißspornen in der Dragech waren diese Mitteilungen des Regierungsvertreters sichtlich höchst unangenehm.

Das ist also gerade das Gegenteil dessen, was die Leipziger Ordnungspresse gemeldet hat — die Dresdner bürgerlichen Blätter hatten bezweifelnderweise die Behauptung, daß die Regierung „ein orobes Bild von der Dragech gewonnen habe“ usw., nicht gebracht.

Wir würden daher gar nicht ansetzen, die Meldung unserer Leipziger Ordnungsbüchler für einen frechen Schwindel zu erklären, erfanden, um die sozialistischen Parteien unter einander zu verheken und um der Leipziger Polizei wegen ihres Verbots der Dragechversammlung ein auszuweichen, wenn nicht die bedenkliche Tatsache bliebe, daß die sächsische Regierung es zuließ, daß die Eicherichversammlung in Dresden tagte — sie war nach der Dresdner Volkszeitung überfüllt und die Beschränkung auf geladene Gäste will natürlich nichts besagen —, im Widerspruch zu der bekannten Verfügung des Ministers des Innern, daß die Polizei alle Versammlungen der Dragech zu verhindern habe!

Hier ist also zweifellos schon eine Aenderung in der Haltung der sächsischen Regierung zur Dragech eingetreten. Das ist verdächtig! Und wir fragen deshalb: Hat der Vertreter der Regierung in der Dresdner Dragech-Versammlung etwa doch im Anschluß an die in der Dresdner Volkszeitung mitgeteilten Ausführungen das gesagt, was ihn die Leipziger Ordnungsbüchler sagen ließen?

Und wenn er es gesagt hat, war er dazu berechtigt, gab er die Meinung der Regierung wieder?

Kurz: Wie steht die sächsische Regierung zur Dragech?

Und wie steht die rechtssozialistische Partei zu einer Aenderung der Regierungsbildung?

Die Frage muß schnell und unzweideutig beantwortet werden.

Schnell schon deshalb, weil der Verdacht bestehen bleibt, daß Dresdner rechtssozialistische Kreise die Möglichkeit der Bildung einer sozialistischen Regierung in Sachsen zu zerstreuen suchen!

Oberschlesien im Reichstag.

Berlin, 20. November. (Eigene Drahtmeldung der D. B.) Die gestrige Reichstagsitzung war für alle Regierungsparteien ein höchst unangenehmes Bekenntnis, daß ihre bisherige Politik in der ober-schlesischen Frage völlig verfehlt gewesen sei. Der Reichstanzler Fehrenbach brachte den Gesetzentwurf über die Autonomie für Oberschlesien mit einer kurzen Ansprache im Reichstag ein. Er betonte zunächst nochmals die Bedeutung Oberschlesiens und seiner Bodenschätze für Deutschland und seine Wirtschaft, ging dann aber plötzlich mit deutlich bemerkbarer Verlegenheit auf das Autonomiegesetz selbst über, ohne die für ihn höchst peinliche Frage zu beantworten, warum das Gesetz, das nun seit mehr als zwei Jahren von Oberschlesien und allen einsichtigen deutschen Politikern gefordert wird, erst jetzt dem Reichstag zugeht.

Die Abgg. Pöhlmann von den Demokraten, Herschel vom Zentrum, Okonsky von den Sozialdemokraten, sowie Kardorff von der Deutschen Volkspartei sprachen sich möglichst kurz über die unangenehme Frage aus, und es war ihnen sicher sehr angenehm, daß der Reichstanzler selbst sie aufgefordert hatte, möglichst eine prinzipielle Debatte über die Neuerteilung des Deutschen Reichs zu vermeiden. Sie wären sonst in eine noch schwierigeren Situation gekommen. Sie hätten bekennen müssen, daß sie im Prinzip gegen jede Aufteilung Preußens, gegen jede Neugestaltung des Reichs sind, und daß nur kraftvolle Konzeptionspolitik sie bewegen hat, dem Gesetz zuzustimmen, um auf diese Weise in Oberschlesien Stimmensfang treiben zu können, und weil sie erkannt hatten, daß ohne dieses Gesetz Oberschlesien zweifellos dem Deutschen Reich verlorengehen würde.

Wenn auch nicht sehr geistreich, so doch zum mindesten richtig hat der Kommunist Levl deshalb die Haltung dieser Parteien gekennzeichnet als ein Opfer, das ihr Herz dem Intellekt bringt.

Der Abg. Schulz-Bromberg von den Deutschnationalen erklärte für seine Partei, daß diese an ihrem alten Standpunkt festhalte und dem vorliegenden Gesetzentwurf ihre Zustimmung nicht erteile. In der Begründung zeigte sich wieder deutlich die Angst der Reaktionäre um die Aufstellung des preussischen Staats, den sie offenbar immer noch für den sichersten Hort der Reaktion halten. Es ist bezeichnend für das Niveau dieses Parlaments, daß bei so wichtigen, großen Fragen niemand als unser Genosse Ledebour in wirklich großzügiger, prinzipieller und tiefwirkender Weise die ober-schlesische Frage behandelt hat. Niemand war allerdings auch wie Ledebour in der glücklichen Lage, für sich persönlich, wie auch für unsere Partei feststellen zu können, daß wir nicht zu Konzeptionsmachereien genötigt waren. Nach kurzen prinzipiellen Bemerkungen über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die im Streite der Parteienverwandlungen und Verzerrungen erfahren hat, geht Genosse Ledebour auf die Frage der wirtschaftlichen Neuerteilung über. Die Aufgabe Oberschlesiens würde für die deutsche Arbeiterschaft den schwersten Schaden bedeuten und die Erfüllung des Friedensvertrags unmöglich machen. Wir brauchen die Hebung der Produktion, um aus dem Elend herauszukommen. Und wir haben auch im Interesse der Weltrevolution kein Interesse daran, die Arbeiterschaft weiter verelenden zu lassen, um mit einer so verelendeten Arbeiterschaft dann den Kampf um die Erringung der proletarischen Macht zu führen. Polen ist ein jetzt erst notdürftig zusammengeschmeißter Staat, der agrarisch orientiert ist. In einem solchen Staat ist für Arbeiterinteressen kaum noch Platz.

Dann ging der Genosse Ledebour zu dem Antrag unserer Fraktion über, der die Einsetzung eines Ausschusses von 28 Mitgliedern zur Vorbereitung einer staatlichen Neugestaltung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verlangt. Dieses war die wirklich großzügige und prinzipielle Auffassung der politischen Situation. Für diese aber hatten die Parteien kein Verständnis. Sie begriffen nicht, warum Ledebour mit Recht darauf hingewiesen hat, daß schon vor zwei Jahren die Aufteilung Preußens und die Neuerteilung des Reichs gefordert worden ist. Alle diese Regierungsparteien haben noch immer nicht begriffen, daß mit dem Steigen der Staatswirtschaft auch eine Neuerteilung des Reichs nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten immer notwendiger wird. Sie machen ihre Konzeptionskünste an die jeweilig politische unbedingt notwendigen Forderungen, im übrigen sich aber prinzipiell und ernsthaft mit politischen Fragen zu beschäftigen, steigt nicht in ihrem Aufgabenkreis.

Der Kommunist Levl ersparte es der Rechten und den Regierungsparteien nicht, noch einmal auf die Sünden hinzuweisen, die in Oberschlesien von ihnen begangen worden sind. Er erklärte: Die ganzen Sünden des alten Systems stehen heute auf und sind das große Hemmnis für eine für Deutschland günstige Abstimmlung. Das Gesetz wurde dann in der zweiten und der sich daran anschließenden dritten Lesung angenommen.

Die heutige Sitzung wird sich mit einer Interpellation über den Berliner Elektrizitätsstreik, mit unserer Interpellation über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland sowie mit unserem Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern beschäftigen.

Der Kronprinz hat Sehnsucht nach bayrischer Gebirgsluft.

Vor einigen Tagen hatte unser Berliner Parteiblatt, die Freiheit, mitgeteilt, daß zwischen dem ehemaligen deutschen Kronprinzen und den monarchistischen Konterrevolutionären in Deutschland ein reger Briefverkehr stattfindet. Daraus ging hervor, daß der Kronprinz über die monarchistische Bewegung in Deutschland laufend unterrichtet wird. Andererseits spornet der Hohenzollernsprößling seine Gefinnungsfreunde in Deutschland zu eifriger Arbeit an.

Der Bericht der Freiheit hat nun zu einer Debatte in der holländischen Kammer geführt. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Ravenstein über die Kontrolle des Briefverkehrs des deutschen Kronprinzen mit der Außenwelt antwortete Minister Ruys, die Regierung habe allen Grund anzunehmen, daß die Behauptung, der Kronprinz habe brieflich den Wunsch geäußert, daß in Deutschland bald eine monarchistische Gegenbewegung ausbreche und besonders die Monarchie in Bayern bald wieder her-

gestellt werden möge, jeder Grundlage entbehrt, so daß die Regierung keinerlei Veranlassung habe, irgendeine Kontrolle über den deutschen Kronprinzen auszuüben.

Zu dieser Erklärung des holländischen Ministers schreibt die Freiheit:

„Der holländische Minister Ruys ist sichtlich uninteressiert. Er kann über die vorliegenden Tatsachen auch nichts wissen; denn der Briefverkehr findet nicht über den Weg der holländischen Postverbindung statt, sondern er wird durch Ruizerre beforzt, die dem früheren Kronprinzen in jeder gewünschten Zahl zur Verfügung stehen.“

Wir betonen noch einmal, daß die von uns wiedergegebenen Behauptungen echt sind. Der Kronprinz hat in einem der letzten Briefe den Wunsch geäußert, recht bald nach Deutschland zurückkehren zu können. Es gefalle ihm, so drückte er sich aus, nicht mehr in dem „oben Lande mit seinen Kühlen und den Bewohnern mit den Klavierbeinen“. Er sehne sich nach Gebirgsluft und nach Gamsjagd, und da sei es erfreulich, daß in Bayern die monarchistische Bewegung immer mehr Schwachf, so daß es hoffentlich nicht mehr lange dauern werde, bis sein Vetter Ruprecht den Thron bestiegen habe.

Für diese Behauptung übernehmen wir nach jeder Seite die volle Verantwortung.“

Man darf gespannt sein, was die Regierung der deutschen Republik in Berlin, die für den regen „Reinigungsaustausch“ zwischen dem kleinen Wilhelm und seinen Gefinnungsgenossen in Deutschland doch auch ein gewisses Interesse zeigen müßte, zu den Feststellungen der Freiheit zu sagen hat.

Um die Kontrolle und die Abgaben des Außenhandels.

Abbau der Außenhandelsstelle und Aufhebung der Ausfuhrabgabe verlangte in einer Petition der Hansabund und wurde darin von einer Reihe Industrie- und Handelscorporationen unterstützt. Durch den niederen Wert der Mark veranlaßt, entstanden die großen Spekulationsverläufe nach dem Auslande, die dem einzelnen Unternehmer riesige unberechtigte Gewinne brachten. Selbst aus dem wirtschaftlichen Niederbruch, da große Volksmassen kaum ein Hemd auf dem Leibe haben, geschweige denn ein menschenwürdiges Heim, weiß die kapitalistische Gesellschaft ungeheure Profite zu hamstern. Die Ausverkäufe nach dem Auslande nahmen einen nie gekannten Umfang an. Berichtet doch die Mahinenfabrik Kappel-Chemnitz, daß sie im vorletzten Geschäftsjahr über eine Million Verlust gehabt, ihn aber im letzten Jahre durch Valutaspekulationen ausgeglichen habe und über einen Nettogewinn von nahezu 2 1/2 Millionen Mark verfügen könne. Dieser Verschleuderung deutscher Waren entgegenzuwirken, war der Zweck der Errichtung von Außenhandelsstellen zur Kontrolle der Ein- und Ausfuhr und der Erhebung einer geringen Ausfuhrabgabe. Für einige Waren ist bereits eine Preisliste aufgestellt worden.

Das Ansehen der Valuta machte aber diesen Ausverkäufen ein Ende, weil sich für den Ausländer der Anreiz zum billigen Kaufen minderte und die deutschen Profitsüßer nicht mehr auf mühelose hohe Gewinne rechnen konnten. Die Produktion stellte die Arbeitslosigkeit trat ein. Die kapitalistische Anarchie offenbarte sich aufs neue.

Deshalb der Ansturm des Hansabundes gegen die Ausfuhr- und Einfuhrkontrolle und den Ausfuhrzoll. Viel Gegenliebe fand er im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags nicht, denn allseitig wurde anerkannt, daß wegen des Sinkens des Marktwertes und der wachsenden Schwankung der Valuta die Maßnahme beibehalten werden muß. Auffällig war es, daß der demokratische Abg. Stübmann, Syndikus des Hamburger Reedereiverbands, für die Beibehaltung der Ausfuhrabgaben und Aufhebung der Außenhandelskontrolle eintrat, während der Abgeordnete Dr. Reichert, Syndikus der Industriellen, für die Außenhandelskontrolle sprach und nur der Regierung zur Erwägung anheim geben wollte, die Ausfuhrabgabe zu ermäßigen. Abg. Cipinski (USP.) trat dafür ein, daß der unberechtigte Gewinn des Außenhandels dem Reich zuzuführen solle, um mit diesen Mitteln eingeführte Rohstoffe und Lebensmittel zu verbilligen.

In drei Sitzungen beschäftigte sich der Ausschuss mit dieser Petition, solche Mäßigkeit maß man ihr bei. In wenn kapitalistische Interessen in Frage kommen! Schließlich wurde dem Vorschlag des Abg. Reichert zustimmend, über den ersten Teil der Petition, Aufhebung der Außenhandelskontrolle, und zur Tagesordnung übergegangen, während der zweite Teil, Aufhebung der Ausfuhrabgabe, der Regierung zur Erwägung überwiesen wurde. Zuvor war mit Mehrheit gegen die sozialistischen Stimmen ein Antrag Hugo (D. Bn.) angenommen worden, der eine Revision der Warenlisten für Ein- und Ausfuhr verlangt.

Der kommunistische Kampf gegen die USP-Führer.

Nachdem es den Moskauer Agenten durch die Verdächtigung der „rechten Führer“ gelungen ist, einen Teil der Mitglieder von unserer Partei abzuspalteten, sehen sie diesen Kampf jetzt verstärkt gegen die Person der Führer fort. Sie bedienen sich dabei aber nicht nur der bisherigen Verleumdungsmittel, sondern sie versuchen auch die gegen die Menschewiki in Rußland angewandten Mittel zu gebrauchen. Das heißt, die Führer sollen so radikal unschuldig gemacht werden, daß sie den Kommunisten nicht mehr entgegenzutreten können. In einem Korrespondenzartikel aus Berlin, den das sächsische Volksrecht bringt, heißt es u. a.:

„Ein Teil der Arbeiter dieser Partei“ wird allmählich von selbst zu uns kommen: sie wollen zur kommunistischen Internationale und sind nur durch die vermeintliche Schrockheit der 21 Bedingungen erschreckt. Ein anderer Teil aber wird schwerer mitzureißen sein, als selbst die SPD-Arbeiter. Das ist der, der bewußt hinter Dittmann und Crippien steht, die, das kann man ziemlich sicher behaupten, als halbe Renegaten viel weiter rechts stehen werden als die Scheidemänner. Das ist die künstliche menschenwärtige Konterrevolution, die in Rußland weiskarbitische Formationen und Regierungen organisiert und gegen die in Deutschland die Kommunisten von Anfang an mit aller Schärfe als gegen die gefährlichsten und boshaftesten, weil unehrlichsten und heuchlerischsten Feinde vorgehen müssen.“

Dieses Rezept hat bereits in den Köpfen mancher „Kommunisten“ den Plan reifen lassen, bei kommenden Kämpfen zwischen Bürgertum und Arbeitern zunächst diese gefährlichen Feinde des Proletariats zu „beseitigen“.

Die Bankrotterklärung des Völkerbundes.

Genf, 25. November. (W. B.) Aus den heutigen amtlichen Mitteilungen des Völkerbundes ergibt sich näheres über den Beschluß der ersten Kommission, die am 22. November die Abänderungsanträge zum Völkerbund ablehnte. Die Anträge gingen von den drei skandinavischen Staaten aus und forberten u. a. die Schaffung von Schlichtungsausschüssen auf Grund der Artikel 12 und 15 des Paktes und die Wahl von vier Ratsmitgliedern durch die Versammlung. Folgende Staaten stimmten gegen die Anträge der nordischen Länder: Südafrika, Australien,

Belgien, Brasilien, Großbritannien, Kanada, China, Spanien, Frankreich, Guatemala, Haiti, Indien, Italien, Japan, Korea, Rumänien, San Salvador, Südafrika, Schweiz, Tschechoslowakei. Für die Anträge stimmten außer den drei nordischen Ländern Argentinien, Holland, Siam, Panama, Kuba. Das Verhältnis war somit 20 gegen 8 Stimmen. Außerdem gab es drei Stimmenthaltungen.

In der Diskussion über die Frage erklärte der schwedische Vertreter, daß die skandinavischen Vorschläge unverzüglich angenommen werden sollten. Der norwegische Vertreter beantragte, die Anträge einer juristischen Kommission zu überweisen. Frankreich vertrat die Ansicht, daß keine Veränderung am Völkerbundsvertrag in Beratung gezogen werden dürfe, denn dies würde als eine Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrages erscheinen. Der japanische Vertreter vertrat die Auffassung, daß der Völkerbund noch nicht genügende Erfahrung besitze über die Auswirkungsmöglichkeiten des Völkerbundes in seiner jetzigen Gestalt.

Dieser Beschluß wird für die Anhänger des Völkerbundes eine schwere Enttäuschung bedeuten. Selbst Diplomaten hatten die Schaffung des internationalen Schiedsgerichtshofes als sicheres Ergebnis der Genfer Konferenz bezeichnet. Die Ablehnung der Schlichtungsausschüsse bedeutet ein vollständiges Versagen des Völkerbundes. Nachdem auch die Abrüstungsfrage schon „verlagert“ worden ist, kommt der jetzige Beschluß einer Bankrotterklärung gleich. Für uns Sozialisten bringt das Versagen des Völkerbundes freilich keine Enttäuschung. Wir wissen: So wenig man vom Pflichtenstreifen erwarten kann, so wenig darf man auch von einem Bund der kapitalistischen Staaten eine wirksame Bekämpfung des Militarismus oder gar den Weltfrieden erwarten.

Genf, 25. November. Das Präsidium der Völkerbundsversammlung hat beschlossen, daß bis zum 30. November keine öffentliche Volksversammlung mehr stattfinden solle. Da die Versammlung bereits seit zwei Tagen nicht mehr zusammengetreten war, liegt also gewissermaßen eine Vertagung von einer Woche vor.

Verhandlungen über die Ausführung des Friedensvertrages.

Berlin, 24. November. Ein Beschluß der Botschafterkonferenz vom 8. November über das Bauverbot von deutschen Flugzeugen, von die internationalen Luftschiffahrts-Kontrollkommission dem Reichsminister des Auswärtigen in einer Note übermittelt hat, geht dahin, das Protokoll von Spa vom 12. Juli 1920 für nichtig erklärt zu betrachten und die Entscheidung von Roulogne vom 22. Juli 1920 aufrechtzuerhalten, die den Bau und die Einfuhr von Flugmaterial in Deutschland bis zu drei Monaten nach dem Zeitpunkt, an dem Artikel 202 des Friedensvertrages (Ablieferung des Kriegsmaterials) vollständig ausgeführt ist, verbietet.

Paris, 24. November. Die Botschafterkonferenz hielt heute eine Sitzung ab und vollendete die Prüfung einer Anzahl von Fragen der Verwendung des deutschen Kriegsmaterials. Eine Sachverständigenkommission ist mit der Prüfung der Antwort auf die deutsche Note über Ein- und Ausfuhrfragen, die vor längerer Zeit an die Botschafterkonferenz gerichtet worden ist, beauftragt worden.

Paris, 24. November. Auf Grund der Note der Reparationskommission vom 20. Oktober und des sich daran anschließenden mündlichen Abmachungen am 20. und 22. v. M. mit Delegierten der Reparationskommission Verhandlungen über die Befreiung von 350 000 Tonnen Schiffsraum an Deutschland stattgefunden. Am 23. November hat die Reparationskommission ihre offizielle Sitzung abgehalten, in der die Angelegenheit nochmals erörtert wurde. Bei allen Verhandlungen war ein Teil der deutschen Schiffsahrts-Delegation zugegen. Die Reparationskommission hat zugestimmt, ihre Entscheidung nunmehr so bald wie möglich zu fällen; in welchem Sinne sie ausfallen wird, läßt sich zur Zeit nicht sagen.

Berlin, 24. November. (W.F.B.) Am 10. Juni hatte die deutsche Regierung der Botschafterkonferenz eine Note übergeben, worin die Zurücknahme der alliierten Militärkommandos in Duisburg, Mannheim und Karlsruhe verlangt worden war, da sie dem Versailler Vertrag widerspreche. Die Botschafterkonferenz hat diese Maßregel nunmehr abgelehnt. Sie behauptet, daß die betreffenden Truppen keine Okkupationstruppen, sondern nur Kontrollposten seien, die auf Grund der Annexen zum Versailler Vertrag eingerichtet seien, um die Schifffahrt auf dem Rhein zu bewachen. Wie wir hören, wird dieser Standpunkt von der deutschen Regierung nicht anerkannt. Die Verhandlungen werden fortgeführt.

Eine englische Erklärung zur griechischen Frage.

Haag, 26. November. (L.-U.) Die englische Regierung erklärt in der Times eine offizielle Erklärung, in der ausgesprochen wird, daß die englische Regierung sich über ihr Verhältnis zu Griechenland erst in einigen Tagen nach Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten endgültig aussprechen kann. Hat aber als Meinung der Foreign Office hinzu, daß der Rückkehr des Königs Konstantin kein Hindernis in den Weg gelegt werden soll, falls das griechische Volk sich für diese ausspricht. Gleichzeitig wird jedoch der neuen Regierung klar gemacht, daß sie nicht die gleiche Unterstützung, wie sie Benizelos genossen hat, erhalten könne.

Athen, 25. November. (Havas.) Wie Ministerpräsident Kavalis erklärte, wird das griechische Parlament am 8. Dezember zusammentreten.

Die irische Frage vor dem englischen Unterhaus.

Amsterdam, 25. November. Telegraphen melden aus London, daß in Dublin in der vergangenen Woche 125 Personen verhaftet wurden. Gegen den Herausgeber und Chefredakteur von Freeman's Journal, das in Dublin erscheint, wurde ein kriegsgerichtliches Verfahren wegen Verbreitung unwahrer Berichte über die Vergeltungsmaßnahmen der Polizei eingeleitet. Greenwood las im Unterhaus ein beschlaggenommenes Dokument der Sinnfeller vor, aus dem hervorgeht, daß diese die Absicht hatten, die Liverpooler Docks und die Elektrizitätszentrale in Manchester zu zerstören. Wie die Wälder ergänzen mitteilen, appellierte Greenwood an die katholische Geistlichkeit Irlands, gegen diese Mörder mit sozialer Macht aufzutreten, wie seinerzeit gegen die Ausschreitungen in Irland. Der Minister erklärte, an der gegenwärtigen Lage in Irland sei nicht die Polizei und auch nicht die Truppen schuld, sondern allein die Regierung. Ein anderer Abgeordneter brachte einen Antrag ein, in dem das Haus der Abgeordneten die irische Frage in Irland für die unter befehligen Umständen geleisteten Dienste dankt und sein Vertrauen in die Politik der Regierung ausdrückt. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Lage im Osten.

Rußland droht mit der Kündung des Waffenstillstandes.

Rotterdam, 25. November. (L.-U.) Morning Post meldet aus Riga, daß die russischen Delegierten eine Aufforderung an die Polen gerichtet haben, die Friedensverhandlungen bis Sonnabend wieder aufzunehmen, andernfalls würden die russischen Delegierten abreisen und den Waffenstillstand kündigen. Nach einer Times-Nachricht aus Warschau ist der polnische Generalstab in Erwartung der Wiederaufnahme der Kämpfe an die Front abgereist.

Kopenhagen, 25. November. Nach einer Meldung aus Riga sollen die polnisch-russischen Friedensverhandlungen wieder aufgenommen worden sein.

Einstellung der Kämpfe in Ostpreußen.

Kopenhagen, 26. November. (L.-U.) Die Berliner Tageblätter aus Rowno melden, daß die Feindseligkeiten an der litauisch-polnischen Front eingestellt worden.

Balchowskische Hauptkräfte umzingelt.

Stockholm, 26. November. Der Frontbericht des Generalstabes der russischen Roten Armee meldet die Umzingelung der von Balchowsk geführten Hauptkräfte auf dem linken Ufer des Dnieber. Ihre Vernichtung wird vorbereitet.

Russische Drohung an Georgien.

O. E. Helsingfors, 25. November. Tschitscherin droht der georgischen Regierung in einer Note mit der Bildung einer neuen Front, falls die Engländer Zutun befehlen sollten.

Reichstag.

Berlin, 25. November 1920.
35. Sitzung, Donnerstag, nachmittags 1 Uhr.
Am Regierungstisch: Fehrenbach, Koch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation Erbsborn (Ztr.), die gegen Neuerungen des Direktors der Reichsgeldanstalt von Falkenhayn Einspruch erhebt. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die eingeleitete Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Sobald ihr Ergebnis feststeht, soll die Interpellation beantwortet werden.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über Oberbeschleßen.

Reichskanzler Fehrenbach: Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, von welcher Bedeutung die Abstimmung in Oberbeschleßen für das Deutsche Reich sein wird, denn es ist zum Gesamtbewußtsein des deutschen Volkes geworden, daß Deutschland ohne Oberbeschleßen, ohne seine großen Bodenschätze kaum zu leben vermag, daß es jedenfalls nicht imstande ist, den Bedingungen des Friedensvertrages nachzukommen, wenn Oberbeschleßen vom Deutschen Reich losgerissen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist bei dieser ungemessenen Wichtigkeit der Abstimmung begründet, daß ich die beiden interessierten Staaten, Polen und Deutschland, mit der größten Lebhaftigkeit um die Frage der Abstimmung bemühen, auf dieselbe in ihrem Sinne einzuwirken versuchen. Soweit das von Seiten der Polen nicht erteilt und anfänglicher Mittel geschleht, werden wir dagegen nichts einzuwenden haben. Wenn es aber, wie feststeht, mit den allerersten Mitteln des Terrors geschleht, eines Terrors, der sich zu Mordtaten verbleibt, der nicht vor der Handlung zurückbleibt, die Urheber dieser Mordtaten auf unsere Seite zu lenken, dann können wir das nur im tiefsten Grade bedauern und als verwerflich bezeichnen. (Beifall.) Polen hat auch ein Autonomiegesetz erlassen für die Oberbeschleßen. Nun ist es ganz klar, daß — so wichtig die Frage der Autonomie für ein Land ist — damit die Hauptfrage noch nicht entschieden ist. Und für einen ruhigen abwägenden Bürger dürfte sich die Alternative doch einfach gestalten: Hier die Zugehörigkeit zu einem Reich, das, wenn man in Oberbeschleßen auch glaubt, Anlaß zu verschiedenen Beschwerden auf verschiedenen Gebieten in der Vergangenheit gehabt zu haben, doch für sich in Anspruch nehmen kann, Oberbeschleßen auf eine ungeheure wirtschaftliche und kulturelle Höhe gebracht zu haben. (Lebhafte Beifall.) Auf der andern Seite ein Staat, der überwiegend erst in der Entwicklung begriffen ist, in welchem die Grundlagen für die kulturelle und wirtschaftliche Höhe, die durch das Deutsche Reich schon geschaffen worden sind, vorläufig jedenfalls für absehbare Zeit überhaupt fehlen. (Zustimmung.) Über die Frage der Autonomie ist nun einmal in die Menge geworfen worden, sie ist etwas fragwürdiges geworden, sie wird für die Abstimmung in Oberbeschleßen von maßgebendem Einfluß sein. Es ist nicht zu verwundern, daß nicht alle Teile im deutschen Volk von vornherein begeisterte Freunde dieser Autonomie waren. Besonders die Oberbeschleßen selbst wünschten diese Lösung der Frage. Und es ist auch hoch anzuerkennen, daß der preussische Staat, der ja bekanntlich im Anfang in seiner Regierung sich abweichend gegenüber diesen Autonomiebestrebungen verhalten hat, doch im Laufe der Entwicklung zu her Überzeugung kam, daß diese Autonomiefrage im Sinne der Regierungsvorlage gelöst werden muß. Aufgabe der Interalliierten Kommission Oberbeschleßen — über ihr Verhalten in der Vergangenheit will ich mich hier eines Urteils enthalten — wird es sein, für eine Abstimmung frei von allen Drohungen, von allem Terror zu sorgen. (Sehr richtig!) Das ist nun jetzt der erste Fall, wo die Neugliederung des Reiches in einem Teile sich vollzieht. Ich bitte Sie darum, eine allgemeine Debatte über die Neuorganisation des Reiches auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung, die la an sich nabeliegt, am heutigen Tage zu vermeiden, denn die Lösung der Frage der Neugliederung bezüglich Oberbeschleßen hat durchaus keinen zwingenden Zusammenhang, mit der allgemeinen Lösung der Frage für das ganze Reich. (Sehr wahr!) Von unsern oberbeschleßen Landesleuten erwarteten und hoffen wir daß sie in dieser Regierungsvorlage einen Weg erblicken, der geeignet ist, alle Steine aus dem Wege zu räumen und unerschütterlichen Zugehörigkeit zum Reich zu räumen. (Beifall.)

Abg. Pöhlmann (Dem.) berichtet über die Ausschüßverhandlungen. Es ist nur ein Gesetz von wenigen Paragraphen, von wenigen Worten, und doch schließt es das Schicksal ganz Deutschlands ein. Den Verlust Oberbeschleßen wird Deutschland und Preußen am wenigsten als unabänderlich ansehen, und der Ruf nach einer Nachprüfung des Friedensvertrages würde nur noch stärker anschwellen, als bisher. Hartes ist jetzt über Oberbeschleßen gekommen. Mord und Brandstiftung, Aufruhr und Plünderung mußte Oberbeschleßen ertragen. Aller Augen schauen jetzt auf euch, Oberbeschleßen. Seid euch bewußt eurer Verantwortungen, sorgt da für, daß Oberbeschleßen deutsch bleibt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Wir vermögen dem vorliegenden Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht zu erteilen. Redner verliest dann eine längere Erklärung, die die Gründe dazu anführt und besonders die Gefahr der Aufteilung des preussischen Staates betont.

Abg. Dr. Herschel (Ztr.): Wir bitten Sie um möglichst einstimmige Annahme dieser Vorlage, weil sie ein tauschliches Mittel ist zur Erhaltung Oberbeschleßen beim Reich. (Beifall b. Ztr.)

Abg. Dönitz (Soz.): Gegenüber den allgemeinen Interessen der Fortentwicklung des Volkes müssen in dieser bedeutsamen Frage alle Parteinteressen schmelzen. Wenn wir uns fragen, wo der oberbeschleßen Arbeiter besser aufgehoben ist, bei Polen oder beim deutschen Reich, so müssen wir das letztere befehlen. Aus diesem Grunde werden wir, so schwer uns der Entschluß geworden ist, für das Gesetz stimmen. Wir müssen jedes Mittel benutzen um Oberbeschleßen dem Reich zu erhalten, dagegen alles abzuwehren, was schädlich ist. Schädlich ist vor allem der übertriebene, zum Haha-

liomus ausartende Nationalismus. Nicht nur die Polen sollen das Schwert in die Scheide stecken, auch jene deutschen Kreise sollen Enthaltenspolitik üben, und das Volk nicht unverantwortlich unterstützen. Die polnischen Kommunisten, die zum großen Teil aus Polen bestehen, sind auf Grund ihrer Erkenntnis der Überzeugung, daß es für die Arbeiter besser ist, wenn Oberbeschleßen zu Deutschland kommt. Wenn wir uns jetzt der Ausschreitungen in Kattowitz und an anderen Orten erinnern, so müssen wir zugestehen, daß die Interalliierte Kommission viel verjährt und viel unterlassen hat. Bei rechtzeitigem Einschreiten wären die 121 Todesopfer des letzten Aufstandes vermieden worden. Die Interalliierte Kommission möge endlich einmal gerecht vorgehen. Wir haben gegen Strenge nichts einzuwenden, aber sie möge nicht nur bei Deutschen nach Waffen suchen, und nicht nur Deutsche in der Kerker stecken. Zu den Kommunisten gewendet, sagt Redner, die Arbeiter würden es Ihnen nicht danken, wenn Sie Oberbeschleßen der Weltrevolution opfern wollten. Gewiß ist dieses Autonomiegesetz nicht das Allheilmittel für Deutschland, dennoch aber sind wir der festen Überzeugung, daß die oberbeschleßen Lebensfrage unbedingt zugunsten Deutschlands entschieden werden muß. (Beifall.)

Abg. von Kardorff (D. Sp.): Der Tag der Abstimmung wird ein Schicksalstag für Deutschland werden. Ohne das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland ist eine Erfüllung des Spaer Abkommens unmöglich, ebenso wie eine Wiederherstellung Nordfrankreichs, ja die Entente würde vielleicht nicht darauf rechnen können, je einen Pfennig Kriegentschädigung zu bekommen, die östlichen Provinzen des preussischen Staates würden in ihrem Lebensnerv getroffen werden. Ich hoffe aber auch, daß sich die Oberbeschleßen an diesem Tage erinnern werden, wenn sie ihre Kultur verdanken und daß sie so entscheiden werden, daß das deutsche Blut nicht umsonst vergossen wurde. (Beifall.)

Abg. Ledebour (U.S.P.): Auch wir stimmen dem Gesetzentwurf zu, weil er der erste Schritt zu einer rationalen Neugliederung Deutschlands ist. Allzu optimistische Erwartungen über den Wahlausfall darf man aber daran nicht knüpfen. Auf die Arbeiterklasse würde eine Sozialisierung der Bergwerke viel mehr Eindruck machen und ein viel stärkerer Faktor zugunsten des Deutschlands werden. Redner geht dann das Verhalten der oberbeschleßen Industriellen, die seit der „Gefahr“ einer Sozialisierung aus wütenden Antideutschen pöhlisch Polenfrennen geworden sind. (Sört, hört!) Als Partei lehnen wir es ab, bestimmte Direktiven für die Abstimmung zu geben, denn für die Abstimmungswahl sind eine Reihe von Gründen maßgebend. Dabei berührt auch für uns kein Zweifel, daß gerade angesichts der sozialen Gleichgültigkeit und des Einflusses der deutschen Arbeiterklasse in allen politischen Fragen es für die oberbeschleßen Arbeiterklasse besser ist, zu Deutschland zu kommen. (Sehr richtig!) Wir weisen es aber zurück, unser Eintreten für die deutsche Arbeiterklasse als eine nationalpolitische Sache darstellen zu lassen. (Sehr richtig! bei den U. S. — Jurufe bei den Neu-Kom.) Hätte man früher schon den Stimmen, die eine rationelle Neugliederung Deutschlands veranlassen, Gehör geschenkt, dann wäre die heutige Vorlage vielleicht überflüssig geworden. Dennoch richte ich an alle Parteien die Bitte, ihre Zustimmung zu erteilen. Die Forderung nach der Autonomie Oberbeschleßen ist eine berechtigte Forderung der gesamten deutschen Bevölkerung und ganz im besonderen der deutschen Arbeiterklasse. (Beifall.)

Abg. Reicht (Bav. Volksp.) stellt sich Namens seiner Partei auf den Standpunkt der Berechtigung der Autonomie Oberbeschleßen.

Abg. Dr. Veal (R.P.D.): Hinter dem Gesetz steht das ganze Programm der Erhaltung oder des Zerfalls des Reiches. Darüber kommt man nicht mit einer Wraße hinweg. Die ganzen Sünden des alten Systems stehen heute auf und sind das größte Hemmnis für eine Deutschland glückliche Abstimmung. (Zurück rechts: Warum erinnern Sie heute daran?) Sie (zur Rechten) haben jahrelang gebraucht, durch Schwelgen ein ganzes Volk beflügen zu können, die Zeit ist vorüber. (Sehr richtig!) Die Massen der Toten von Hirsings Gnaden werden am Abstimmungstage ebenfalls umgehen. (Unruhe rechts und bei den Soz.) Die Tatsache, daß der Vorherrscher des parlamentarischen Ausschusses derselbe Herrling ist, laßt genug. (Sehr richtig! bei den Neu-Kom.) Es ist für die oberbeschleßen Arbeiter sinnlich gleichgültig, ob sie unter die Kräfte der Deutschen oder der polnischen Bourgeoisie kommen. (Lebhafte Unruhe.) Wenn etwas entscheidend werden kann, dann ist es die Anziehungskraft des kulturellen und wirtschaftlich höher stehenden Landes. Es wird die proletarische Revolution sein, die in ganz anderem Sinn als dieses Verleugungsgesetz die auseinanderfallenden Kräfte des deutschen Volkes zusammenfaßt. (Lebhafte Beifall bei den Neu-Kommunisten.)

Abg. Graf Bernstorff (Hannoveraner): Auch wir sind mit dem Gesetz einverstanden, das zum Wiederaufbau Deutschlands beitragen wird.

Das Gesetz wird in der zweiten und in der sofort daran anschließenden dritten Lesung gegen die Stimmen der äußersten Rechten und äußersten Linken angenommen. — Der Antrag auf Erhebung einer 28 Mitglieder Kommission zur Neugliederung Deutschlands wird abgelehnt.

Die Sitzung wird vertagt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Anfragen: Interpellation über die Beziehungen zu Sowjetrußland; Interpellation über den Elektrizitätsstreik, keine Vorlagen; Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Streikfreiheit. Schluß 4 1/2 Uhr.

Von Nah und Fern.

Schneefall im Thüringer Wald. Halle a. S., 25. November. Im Thüringer Wald ist seit gestern Nacht starker Schnee gefallen eingetreten.

Erdbeben in Italien. Rom, 26. November. (L.-U.) Im Bereich des Siena Arrezzo und an anderen Orten Toskanas wurden zahlreiche Erdstöße verspürt. Die Bevölkerung flüchtete ins Freie. Es ist kein Gebäudeschaden zu verzeichnen.

Explosion auf einem österreichischen Kreuzer. Rom, 25. November. Idea Nazionale meldet aus Spezia, daß sich an Bord des österreichischen Panzerkreuzers Prinz Eugen, der an italienische Unternehmer auf Abbruch verkauft worden war, eine Explosion ereignet hat, durch die vier Personen getötet und zahlreiche verwundet worden sind.

Letzte Nachrichten.

Wegen Beleidigung des Hochverrätters v. Wittwig verurteilt.

Berlin, 26. November. Vom Landgericht I wurde gestern der verantwortliche Redakteur der Freiheit, Wielepp, wegen Beleidigung des Generals v. Wittwig zu 1 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Freiheit hatte vorher einen von Wittwig unterschriebenen Befehl des Reichswehr-Gruppenkommandos veröffentlicht und zu einem Dementi des Generals bemerkt, es sei „stech“ erfolgt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Weller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Anstalt für Buch- und Zeitungsverlag.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos

Kukiroi 100000 fache bewährt

Preis Mk. 3.—, in Apotheken und Drogerien erhältlich.

König Salomo Apotheke, Grimmische Str. 17.

U.S.P.D.
Groß-Leipzig
ParteiSekretariat Tuchaer Str. 19/21, 1
Telephon 18025

Holzhausen-Zudelhäusen. Sonnabend, den 27. Nov., abends 8 Uhr. **Außerordentliche Generalversammlung** bei Krausch. Tagesordnung: Beibehaltung über die Antwort des Hauptvorstandes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es allen Parteigenossen und Genossinnen zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Der Vorstand.

Möckern. Sonnabend, den 27. November, abends 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Carolabad. Vortrag: Einlands politische Geographie. Ref.: Gen. D. Köhler, Leipzig. Lokal ist gut besetzt. Zahlreichen Besuch sieht entgegen. Der Vorstand.

Baumdorf. Sonnabend, den 27. November, abends 8 Uhr. **Generalversammlung** im Gutspark. Tagesordnung: 1. Der Ausfall der Wahl und die Neinerungsabteilung in Sachsen. Ref.: Gen. H. Floßner. 2. Berichte des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Zahlreichen Besuch erwartet. D. V.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Montag, abends 8 Uhr. **Vortrag für Frauen** im Restaurant Gambinus, Lind., Obergmannstraße 12. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Verband der Steinseiber
und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Filiale Leipzig

Sonnabend, den 27. November, abends 7 Uhr
Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Da sehr wichtige Sachen erledigt werden müssen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Metallarbeiter

Verband
Geschäftsstelle: **Volkshaus**, Tuchaer Str. 19/21, Leipzig.
Bürozeiten: vormittags 8-10, mittags 12-1, abds. 6-8. Sonn- und Feiertagen geschlossen.
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bürozeiten entliehen werden.
Rechnungen müssen gegen Einreichung des Verbandesbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Bauschlosser. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus, Café links. **Oeffentliche Versammlung** für alle in Innungsbetrieben Beschäftigten. Tagesordnung: Lohnfrage. Die Branchenleitung.

Elektromonteur und Helfer.
Der am 17. Oktober angefallene Kurs- und Ball-Abend findet am Sonnabend, dem 27. November im Volkshaus statt. — Zahlreichen Besuch erwartet. Die Branchenleitung.
Die Kollegen werden ersucht, Freitag, von 1/6 bis 8 Uhr, abzurechnen.

Heizungsmonteur und Helfer.
Sonntag, 28. Novemb., vorm. 9 Uhr, im Volkshaus **Beginn des Kurses.** Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Die Branchenleitung.

Am Sonntag, dem 21. November, ist im Centraltheater eine Briefstube mit Papieren auf **Emil Tannenberg** lautend, verloren worden. Dieselbe ist sofort im Bureau abzugeben.

Billige Lebensmittel.

Bruchreis	Pfund	4.50
Gelbe China-Erbisen	Pfund	2.70
Gelbe Kicher-Erbisen	Pfund	3.50
Victoria-Erbisen	Pfund	3.75
Linsen	Pfund	6.25
Maisgrieß	Pfund	2.70
Maismehl	Pfund	3.10
Maispuder „Panin“	1/2-Pfund-Pakete	2.95
Kaffee-Ersatz	Pfund	1.90
Haferflocken	Pfund	2.95
Margarine	Pfund	15.20
Holländisches Schweine-schmalz	Pfund	21.75
Pflanzenfett	Pfund	19.50
Speisesalz	10 Pfund	2.50
Faustkäse	2 Stück ca. 1/2 Pfund	3.90
Schimmelkäse	Pfund	1.20
Sultanen	Pfund	22.00
Korinthen	Pfund	14.00
Sterilisierte Milch in Dosen	Dose	10.50
Kondensierter Kakao	Dose	14.50
Kakao, garantiert rein	Pfund	20.50
Zitronen	Stück 30—50	3.00
Zuckerhonig	Pfund	7.30
Marmelade	Pfund	4.50
Pflaumenmus	Pfund	5.40
Anchovis	Dose	3.60
Oelardinen	Dose	4.60
Salzerlinge	Stück	0.65
Schnittbohnen	1/2 Dose	0.25
Feigen, prima	Pfund	7.50
Maronen	Pfund	3.25

GEBRÜDER GOSKE
Windmühlenstr. 4/12 — Filiale Johannisplatz

Ortsverein L.-Connwitz U.S.P.D.
Richtung **Crispien-Ledebour.**
Sonnabend, den 27. November 1920, abends 1/8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im **Gambinus.**

Tagesordnung:
1. Der Ausfall der Wahl und die Reglerungsabteilung in Sachsen. Referent: Genosse Alfred Krotzschmar.
2. Freie Aussprache. — 3. Vereinsangelegenheiten.
Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Bitte lesen! Weitergeben!

Brauereiarbeiter und -arbeiterinnen aller Sparten.
Sonntag, den 28. November 1920, vormittags 9 Uhr:
Gemeinschaftliche Brauereiarbeiter-Versammlung
im **Volkshaus Leipzig (Gesellschaftsraum).**

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Brauereiverein und deren Ergebnis. — 2. Aussprache und Beschlussfassung.
Vollständiges Erscheinen erwarten die Tarifverbände.
Verband der Brauerei- und Mälzerei-Arbeiter. Verband der Böttcher. Verband der Transportarbeiter. Verband der Maschinen u. Setzer. Bund deutscher Brauereigenossen.
J. A.: H. Sondig.
Diejenigen Kollegen, welche verkürzt arbeiten müssen, sind hierzu ganz besonders eingeladen.
D. D.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen :: Zahlstelle Leipzig

Montag, 29. November, abends 1/5 Uhr, im Pantheon, Dresdner Str. 20
Branchenversammlung
für das **Buchdruckerei-Hilfspersonal**

Tagesordnung:
1. Berichterstattung über die Reichstatarverhandlungen. Referent: Kollege Pucher, Verbandsvorsitzender, Berlin.
2. Diskussion.
Erscheint in Massen! Mitgliedsbuch vorzeigen! Die Ortsverwaltung.

Konsum-Verein L.-Plagwitz.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Günstiges Angebot!



Moderne Fassons in nur guten Qualitäten ::

Herren-Ulster 675.—
Raglans 650.—
Burschen-Ulster 255.—
Knaben-Ulster 160.—

Geschäftshäuser:
L.-Reudnitz Dresden Strasse 55
L.-Lindenau Karl-Heine-Strasse.

Konsum-Verein Liebertwolkwitz u. Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Die **Auszahlung der Rückvergütung** erfolgt am nächsten Sonntag, den 28. November 1920, von 9-12 Uhr vormittags, im Gasthof zum schwarzen Hahn. Sonntag, den 12. und 19. Dezember 1920, ist unsere Geschäftsstelle von mittags 1 bis nachmittags 5 Uhr geöffnet. Die Verwaltung.

Richter-Fischer
früher Pfaffendorfer Strasse

Gross-Fleischerei
Markthallenstrasse 6
Eröffnung: Sonnabend den 27. November!

Durch ganz enorme **Engros-Abschlüsse ohne Zwischenhandel** sind wir in der Lage, zu **effektiv rein volkstümlichen Preisen** frei verkaufen zu können!
Von 1 Pfund an:
Rindfleisch zu 5.50, 6.50 und 7.50 Mk.
Für Wirte und Pensionen bei grösserer Abnahme in ganzen Vierteln Vorzugspreise.
Gehacktes ohne jede Zulage Pfd. 9.00 Mk.
Hammelfleisch 8 bis 9 Mk.
Im Knackwurst 13.00 Mk.

Jeden Freitag neuer Preisbericht!

U.T. CONNEMITZ
Leipzig-Connwitz, Pogauer Straße 12.
Freitag bis Montag
Der große Gesellschafts- und Sitten-Film:
Leben und Lügen oder Komödie des Lebens
6 Akte **Esther Carena** 6 Akte
mit **Gesangs-Einlage**. Doppel-Programm.
Der Todescowboy
5 Akte Sensationelles Wildwest-Cowboy-5 Akte
Drama mit **Texas Fred**.
Beginn pünktlich 6 und 8.15 Uhr.
Sonntag 2 Uhr: Kinder- u. Familien-Vorstellung.
Ab 5 Uhr nur für Erwachsene.

Weisse Wand
NIC CARTER
In seinem neuesten Detektiv-Abenteuer
Der Todes-hote
4 Akte
Nic Carter
Des Nächsten Weib
6 Ein Ehe-tragödie in ergreifenden Akten 6

Olympia-Theater
L.-Mückern, Eckardtstr. 1.
Der Tod und die Liebe
Ein Drama aus zwei Welten in 6 spann. Akten.
Ferner:
Das Geheimnis von Adrianopel
Große Spionage-Sensation in 6 abenteuerl. Akten.
Jugendliche über 14 Jahre haben Zutritt.
Sonntag 2.30 Uhr: Große Jugendvorstellung.

Lichtspiele
Bornaische Str.
L.-Connwitz — Inhaber H. Kühnast.
Heute bis Montag
Albert Bassermann
Die Söhne des Grafen Dossy
Familien-Tragödie in 6 Akten.
Waldemar Psylander
Liebesspiel
Ein Herzensroman. 4 Akte.
Sonntag nachm. **Texas Jack** Indianer-Kriegs-drama in 3 Akten
für Kinder
Ab Dienstag bestimmt das mit großer Spannung erw. Sittendrama: **Das Mädchen aus der Ackerstraße.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. November.

Parteiangelegenheiten.

Hauptvorstand.

Sonnabend, den 27. November, nachmittags 5 Uhr Hauptvorstandssitzung im Restaurant Tauchaer Straße 10. S. 10 b.

Alt-Leipzig, Westen I. Sonnabend, den 27. November abends 1/8 Uhr, findet im Restaurant Promenadenstraße 31, eine wichtige Funktionärsitzung statt. Es ist Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, insbesondere aller in der Freidenkerbewegung organisierten, zu erscheinen.

Ortsverein Alt-Leipzig Westen I und II. Alle Funktionäre und Genossen, die sich an einer wichtigen Hausagitation beteiligen wollen, treffen sich Sonnabend, den 27. November, abends 1/8 Uhr, bei Appenfelder, Pionatowstraße.

Ortsverein Leipzig-Ost. Unter allerlei Vorbedingungen versuchen Personen zu laffieren. Wir machen unsere Mitglieder wiederholt darauf aufmerksam, daß unsere Beitragskassierer mit einer Ausweiskarte versehen sind, die den Namenszug des Genossen Joh. Scheib trägt. Deuten die nicht im Besitz eines solchen Ausweises sind, weist man die Tür. Der Vorstand.

Ortsverein Leipzig USPD, Richtung Cislein-Verkehr Sonnabend, den 27. November, nachmittags 5 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Vater Jahn, Lindenauer Straße.

Leipzig-Mitgliedern. Die für heute angelegte Funktionärsitzung findet nicht statt.

Der Kurios Jensen kann heute wegen dringender Verbindung des Lehrers nicht stattfinden. Arbeiterbildungsinstitut.

Der Arbeitsschulgedanke in Leipzig.

I.

Im Kampf um die weltliche Schule soll die Arbeitsschule nicht zu kurz kommen. Am der Idee der Arbeitsschule in Leipzig wärmeres Leben einzuhäuten und ihre Zukunft nicht noch länger hinauszuverschieben, lehrt der Leipziger Lehrerverein in der letzten Zeit drei Propagandaabende vor seinem Mitgliedsabend halten:

Am 7. Oktober sprach Seminarleiter Hildebrand-Lipp über: Die praktische Ausgestaltung des Wertunterrichts in der Grundschule. Dieser soll ein Teil des Gesamtunterrichts, kein abgegrenztes Lehrfach sein. Gewöhnlich ist das Malen in der Schule des Kindes erste Technik. Dabei muß es aber den Körper erst umformen zur Fläche, um zur graphischen Darstellung zu gelangen. Das Formen mit Sand und Ton liegt aber den kleinen Händen näher, da dabei der Stoff körperhaft bewahrt wird. Mit gewöhnlichem und buntem Papier gestaltet man Lebensformen und beschränkt sich nicht auf das langweilige Kopfschalen. Das braucht alles nicht viel zu kosten; man halte die Kinder zum Sammeln an, zum Beispiel von Zierrollen, Streichholzschächeln, Mühlstrumpfphänomenen. Solange man mit der Hand schaffen kann, soll man kein anderes Werkzeug nehmen. Messer, Scher, Zirkel, Meißel, Sandpapier, Laubzettel, wenn kleine Arbeitgemeinschaften entstehen. Der Lehrer muß natürlich die Techniken beherrschen. Das Kind sieht Erfolg, empfindet Freude, wird selbstständig durch Selbsttätigkeit.

Am 4. November referierte Lehrer Vogel über die verschiedenen Strömungen in der Arbeitsschulbewegung. Der Arbeitsschulgedanke sei der Schlüssel zum modernen Bildungsbetrieb überhaupt. Die Werten in der Bildung der Kraft, nicht in der Anhäufung von Wissen liege. Nicht in Werkstätten, oder Handfertigkeitsunterricht erschöpfe sich die Arbeitsschule. Drei Richtungen unterscheiden man in ihr, die aber einander nicht voll ausschließen: 1. die sozialpädagogische Art, 2. die individuell gerichtete Strömung, 3. die pädagogisch-psychologische Richtung. Ein Vertreter der ersten und gewissermaßen der Vater der Arbeitsschule ist der sozialistische Hochschullehrer Robert Seidel in Altdorf, der die geistige Arbeit aus ihrer abstrakten Isolierung und die körperliche Arbeit aus dem Bann der geistigen Verbannung befreien will. Schon 1888 propagierte er die Arbeit als Grund- und Leitprinzip der Schule der Zukunft. Ein zweiter Vertreter dieser Richtung ist Schulrat Kerkensteiner, der 1894 die Münchner Schulreform einleitete und in allererster Linie den brauchbaren Staatsbürger und Berufsmenschen im jungen Menschen geweden lassen will. Er forderte den technisch befähigten Lehrer für seine Schulwerkstätten. Trotz seiner großartigen Organisationskraft aber die Lehrerschaft seine Ziele ab. Die individuell-pädagogische Art vertritt Schulrat Gaudig-Leipzig. Insofern, als er die Persönlichkeit als Gegensatz gegen die Massenkultur an die Stelle des brauchbaren Staatsbürgers setzt. Falsch ist es nach ihm, ideale Arbeitsvorgänge, wie Lesen, Schreiben, Rechnen, hinauszuschieben wie es die dritte, die pädagogisch-psychologische Richtung, die durch einzelne Leipziger Lehrer vertreten wird. Schon 1911 in den sogenannten Reformklassen getan hat. Die Entwaldung des Kindes habe es mit dem Gegenwärtigen zu tun und solle nicht von äußeren Einflüssen beherrscht sein. Das Ziel müsse in der

Weltraum im weitesten Sinne, aber die Volksschule keine Berufslehre.

Am 11. November endlich berichtete Lehrer Erler, der prämiale Leiter der zukünftigen Arbeitserschulung, der sie in Leipzig in Elternversammlungen, soweit das überhaupt vor so zahlreichen Eltern noch möglich ist, populär gemacht, aus seiner Praxis. Viel mehr als in der Kernschule sei das Kind in Bewegung und Tätigkeit. Auf der Unterstufe erlebe es seine Heimat, auf der Oberstufe werde es planmäßig hindurchgeführt. Heimat und Gegenwart werden gegenüber der Ferne und der Vergangenheit bevorzugt. Neben Verständnis für die mannigfaltige Arbeit lernt das Kind aktiv edlen Lebensgenuss und sittliches Handeln. Das Wollen wirkt ja nur nach, wenn es im Handeln seine Befriedigung gefunden hat. In der Arbeitsschule kann ein Schüler, aber selbstständiger Schüler kein guter Schüler sein; er schafft sich seine Position. Eine Umwertung der Strafmittel findet statt; der Gedanke der Strafarbeit und des Nachhagens ist widerständig. Vor technischen Hilfsmitteln sind notwendig große Wandtafeln in Reichhöhe der Kinder, und auf der Oberstufe Tafeln, keine Bänke. Dazu kommen ein Sandhaufen, ein Stiel Land nebst Garten Geräten, eine einfache Werkstattanordnung, die ganz und gar nicht so pompös und teuer wie die schon vorhandenen zu sein braucht. — Durch alle Ausführungen lang hindurch der Appell: — Tragt in eure Stunden den Geist der neuen Schule, wo und wann ihr nur könnt!

Was in der Aussprache vom sozialistischen Standpunkte aus von unsrer Seite betont werden mußte, davon im nächsten Artikel.

Vom Reichsbeitrag für körperliche Erziehung.

Aus den Kreisen der Arbeiter-Turn- und Sportvereine wird uns geschrieben: In den Amtsblättern der bürgerlichen Turn- und Sportverbände, sowie auch in der Tagespresse, wird mit einem Reichsbeitrag für körperliche Erziehung verfahren und leider auch von einem sozialistischen Staatssekretär genehmigt. Aufzufassen ist, daß ein energisches Vorgehen notwendig ist. Die Reichsbeiträge sind besonders für die Arbeiter-Turnvereine bestimmt, die bedauerlicherweise noch immer in bürgerlichen Verbänden stehen, und denen der wahre Zusammenhang der in Rede stehenden Angelegenheit von den bürgerlichen Führern geistlich verheimlicht wird. Der Reichsbeitrag ist eine bewegliche Größe über Terror, den angeblich die Arbeiter-Turnvereine noch in bürgerlichen Verbänden befindlichen Arbeitern gegenüber anzuwenden. Kurzerhand verlangt der Reichsbeitrag, daß die Arbeiter-Turnvereine sich jeder Werbung um diese Leute enthalten. Denn so meinen die Herren vom Reichsbeitrag, das Gebiet der Reichsbeiträge sei neutraler Boden, und im Interesse des Volksgenossen sei es doch schließlich gleich, wo der Einzelne seinen Körper durch im nationalistischen oder sozialistischen Vereine. Ja, im Interesse der Volkswohlfahrt wäre es außerordentlich wichtig, wenn das gesamte Gebiet der Reichsbeiträge frei von allen politischen Beeinflussungen gelassen wäre; darin kann man dem Reichsbeitrag zustimmen. Aber nur sollten die bürgerlichen so christlich sein, und offen zugeben, daß die Vergiftungen auf diesem Gebiet von ihrer Seite ausgegangen sind, daß es bürgerliche Führer waren, die die Reichsbeiträge in bester Weise zu gemeinnützigen, d. h. zu sozialistischen Zwecken mißbraucht haben.

Vor dem Reiche haben sich die bürgerlichen Verbände ausnahmslos darin gefallt, die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung mit den unflätigsten und gemeinsten Mitteln zu beschimpfen und zu schädigen. Dank der korrupten Herrschaft brutaler Ausbeuter und der diesen Kreisen ergebenden Behörden ist ihnen die Schädigung auch zum Teil gelungen. Wer hierüber nähere Aufklärung wünscht, dem sei die Arbeiter-Turn- und Sportzeitung bestens empfohlen!

Mit der Revolution haben sich aber die Machtverhältnisse ein ganz klein wenig zugunsten der Arbeiter verschoben. Die Arbeiter können jetzt rücksichtslos mit aller Kraft dahin wirken, daß die noch in bürgerlichen Verbänden befindlichen Arbeiter endlich ihre witterhafte Stellung aufgeben und diesen Verbänden den Rücken kehren.

Jetzt, da es infolge der aufklärerischen Werbung der Arbeiter-Turnvereine in den bürgerlichen Verbänden ganz bedenklich bröckelt, fürchten diese Verbände um ihren Bestand und setzen über Terror. Sie bitten, die Arbeiter-Turnvereine sollen Toleranz üben und die ihnen angetanen Gemeinheiten verzeihen. Nein, ihr Arbeiter, ein Tadel ist, wer auch nur einen Augenblick die der arbeitenden Arbeiter-Turnvereine angetane Schmach verzeiht. Denkt an die vielen Geld- und Freiheitsstrafen und die bedrückendsten Rechtsverletzungen, unter denen eure Führer zu leiden hatten. Und das alles soll verzeihen sein? Und wie ist es denn heute? Werden nicht auch heute noch bedrückende Instanzen durch allerlei Schikanen an der Arbeiter-Turnbewegung Sabotage? Versuchen nicht auch heute noch gerade die „Hauptführer“ der bürgerlichen Verbände, das Emporkommen der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung mit allen Mitteln zu hindern? Kommt es doch heute noch sehr oft vor, daß Arbeiter aus dem in Stellung treten dürfen, wenn sie aus dem Arbeiter-Turnvereine ausscheiden!

Turnen und Sport kann und darf kein neutraler Boden sein solange sich die Arbeitenden nicht aus den Krallen kapitalistischer Ausbeuter befreit haben. Auch dieses Gebiet ist Kampfgebiet geworden. Nicht nur auf politischem und gewerkschaftlichem, sondern auch auf gesellschaftlichem Boden ist die Arbeitsschule ein

den Kampfbühnen. Alle ihre Klassenklassen über die Verbesserungsmethoden der bürgerlichen aufzuklären. Ist die große Aufgabe der auf gesellschaftlichem Boden organisierten Arbeiter. Die Arbeiter-Turnvereine werden mit allen Mitteln dahin streben, daß die Arbeiter mehr die bürgerlichen Verbände unterliegen. Hier sollten auch die Führer der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mehr Verständnis zeigen und den im Kampfe stehenden Turnern und Sportlern ihre Unterstützung leisten. Leider mangelt noch vielen Führern die Fähigkeit, diese Bewegung in ihrem ganzen Umfange zu verstehen. Die bürgerlichen Führer sind in dieser Beziehung viel besser orientiert; sie wissen, daß die politische Beeinflussung auf gesellschaftlichem Gebiete taufendfältig Frucht trägt. Die Arbeiter-Turnvereine werden aber trotz Reichsbeitrag unbeirrt ihrem Ziele aufgeben; die noch abseits stehenden Arbeitermassen für ihre Ideen zu gewinnen, zum Wohle der gesamten arbeitenden Bevölkerung, zur Verwirklichung des Sozialismus.

Das billige Fleisch geht nach auswärts.

Zu diesem Artikel schreibt uns das Leipziger Ernährungsamt:

1. Es ist nicht wahr, daß die von den Vereinigten Leipziger Großhändlern in der Allgemeinen Fleischzeitung zum Preise von 12 M. für das Kilogramm angebotenen gefrorenen Rinderwurst und Hammel aus Leipziger Schlachtungen und aus Beständen des Kommunalverbands der Stadt Leipzig stammen. Richtig ist vielmehr, daß das angebotene Gefrierfleisch den Vereinigten Großhändlern vom Reichsversorgungsamt Leipzig verkauft und von diesen etwa vor Jahresfrist aus Bayern, wo auch die Schlachtungen stattgefunden haben, und für Zwecke der Heeresverwaltung bezogen und in hiesigen Kühlhäusern eingelagert worden ist.

2. Es ist ferner unrichtig, daß das Gefrierfleisch der Leipziger Bevölkerung vorzuziehen ist worden ist und daß sie es auch jetzt nicht bekommen soll. Wahr ist vielmehr folgendes. Der Stadt Leipzig stand keinerlei Verfügungsrecht an dem hier von der Reichsstelle eingelagerten Fleisch zu. Anfangs Oktober nach Aufhebung der Fleischwarenbeschränkung ist auch der Stadt Leipzig vom Reichsversorgungsamt Leipzig ein großer Teil des hier lagernden Gefrierfleischs zum Kauf angeboten worden. Mit Rücksicht auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft, wonach eine weitere Beteiligung des Kommunalverbands bei der Fleischbeschaffung und -verorgung zu unterbleiben hätte und, da ferner der geforderte Preis im Vergleich zu der Qualität des Fleisches als zu hoch erschien, hat die Stadt von Ankauf des Fleisches abgesehen. Ebenso hat sich auch der Leipziger Konsumverein nicht zu einer Übernahme des Fleisches entschließen können. Das Reichsversorgungsamt hat sich schließlich zu einer Herabsetzung des Preises auf 12 Mark für das Kilogramm entschließen müssen, und zu diesem Preise hat die Vereinigung der Leipziger Großhändler 24 000 gefrorene Rinderwurst und 600 gefrorene Hammel übernommen. Die Zahl 6000 in der Annonce beruht auf einem Druckfehler. Das Reichsversorgungsamt hat zur ausdrücklichen Bedingung gemacht, daß das den Vereinigten Großhändlern angebotene Fleisch im Freistaat Sachsen bleiben müsse. Aus diesem Grunde haben die Vereinigten Großhändler das Gefrierfleisch den Fleischverarbeitenden aller größeren Städte Sachsens zum Preise von 12 M. für das Kilogramm angeboten. Es haben sich jedoch nur wenige Stellen dazu entschließen können, etwas von dem Gefrierfleisch zu nehmen, weil dieses erfahrungsgemäß von der Bevölkerung nicht gern abgenommen wird. Auch der hiesige Konsumverein hat sich im Hinblick auf die Qualität des angebotenen Fleisches nicht zu einer Abnahme entschließen können. Einige Leipziger Fleischverarbeiter haben inzwischen einen Posten Gefrierfleisch übernommen; von der Abnahmewilligkeit der Leipziger Bevölkerung wird es abhängen, ob noch weitere Posten Gefrierfleisch in Leipzig abgesetzt werden können. Bis jetzt ist, wie ausdrücklich festgestellt werden soll, noch kein Kilogramm des bezeichneten Postens Gefrierfleisch von den Leipziger Großhändlern nach außerhalb Sachsens verkauft worden.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Ernährungsamt.

Hofmann.

Der Bureokrat, der diese Zellen verfaßt hat, rennt offene Türen ein, und er widerlegt Behauptungen, die gar nicht in unserm Bunde gestanden haben. Es ist uns nicht eingelassen zu schreiben, daß das Fleisch aus den Beständen des Kommunalverbands der Stadt Leipzig stamme. Was will also die Ernährungsbureokratie? Sie nimmt noch das Reichsversorgungsamt in Anspruch. Indem sie meint, das Fleisch wäre der Bevölkerung nicht vorzuziehen worden, die Bevölkerung wird darüber anderer Meinung sein. Bezeichnend ist, daß das Ernährungsamt zu Leipzig dem Reichsversorgungsamt schnell zur Hilfe geeilt ist. Die Bureokratie weiß sich noch gegenseitig zu stützen und herauszujauchern. Nur ist in diesem Falle der Versuch mißlungen.

Sabotage heiliger Eltern. Eine sehr starkbeladene Elternversammlung der 84. Volksschule (Eutritzsch) nahm mit großem Interesse das Referat des Herrn Lehrer Martin über „Die Frage des Religionsunterrichts vor der Entscheidung“ entgegen. Starken Beifall ernteten sowohl der Referent als auch die Diskussionsredner, die für die weltliche Schule eintraten. Durch die Haltung der sogenannten „Unpolitischen Christlichen“ in der auf die Elternversammlung folgenden Elternratsitzung ist es nicht möglich, die Beschlüsse der Versammlung durchzuführen.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

Siebentes Kapitel.

Jimmie Higgins wird von Amors Pfeil getroffen

Als Jimmie Higgins aus dem Gefängnis entlassen wurde, war der Streik schon beendet. Man hatte die Löhne der Arbeiter bereits erhöht und ihre Führer ins Loch gesteckt. Damit schien beiden Parteien geholfen. Jimmie fand sich in seinem Arbeitsraum ein, und der Aufseher schickte ihn zum Teufel. So versüßte sich Jimmie nach Hubbardstown und reichte sich dem jungen Zuge an, der wartete vor dem Eingang der Maschinenfabrik stand. Jimmie wußte bereits etwas von schwarzen Listen. Als an ihn die Reihe kam, erklärte er, er sei Joe Krantz; er habe zuletzt in einer Maschinenfabrik in Pittsburg gearbeitet und sei hergekommen, weil man ihm die hohen Löhne und gute Behandlung von Hubbardstown gerühmt habe. Während er die ihm gestellten Fragen beantwortete, bemerkte er, daß ein Mann, der in der einen Zimmerrede sah, seine Züge studiere. Der Aufseher wandte sich dem Manne zu, dieser schüttelte den Kopf, und der Aufseher sagte: „Nein, wir können Sie nicht brauchen.“ Jimmie erkannte daraus, daß die Hubbard-Maschinenfabrik Maschinen getroffen hatte, keine Desorganisatoren anzuheben.

Er suchte nun in seiner Stadt nach Arbeit, doch vergeblich; er schien allgemein bekannt zu sein. In der Brauerei nahmen sie ihn für zwei Stunden an; dann erfuhren sie, wer er sei, und entließen ihn. Doch triumphierte Jimmie dennoch über den Aufseher und verkündete, sie kämen zu spät, er habe bereits einen Brauarbeiter in sozialistisches Gewand in die Hand gedrückt. In der Zerkersstraße, etwas außerhalb der Stadt, bestand eine Fahrradhandlung, die einem alten Deutschen namens Rummel gehörte. Einer der Genossen teilte Jimmie mit, dort werde ein Gefährte gesucht. Jimmie ging hin und wurde für zwei Dollars per Tag angestellt. Dies war ein kärglicher Lohn, doch gefiel Jimmie

die Stelle, weil der alte Mann fast ein Sozialist, nämlich ein Vorkämpfer war; das heißt, seine Überzeugung bezog sich auf alle Länder, mit Ausnahme Deutschlands. Er behauptete, jede Nation habe das Recht, sich zu verteidigen, und Deutschland sei in diesem Krieg angegriffen worden. Der alte Mann benutzte den größten Teil seiner Kräfte, um seinen Kunden diese Überzeugung beizubringen. Gestalt seine Pflicht den Kunden nicht, so konnten sie sich anderswo befehlen lassen.

Die meisten der Kunden waren Deutsche, und Jimmie hatte reichlich Gelegenheit, Argumente gegen die Munitionindustrie zu hören. Er sprach von Nordhandel und für das Programm „Lüttich Amerika“, zu hören. Auch Jerry Coleman fand sich täglich ein; er schien noch immer seiner Arbeit nachzugehen und hatte die Töcher voller Zehndollarheine. Er gab sich jetzt als Organisationsleiter einer neuen Propagandagesellschaft aus, die den Namen „Proletarischer Nationaler Friedensrat“ führte. Da Proletariat und Friede Jimmies Hauptwörter waren, sah er nicht ein, weshalb er die neue Organisation nicht unterstützen sollte. Coleman schwor, er habe den Kaiser, doch müsse das deutsche „Volk“ beschützt werden. So kam es, daß Jimmie völlig ahnungslos einer der Agenten wurde, vermittelte derer der Kaiser in Amerika soziale Unzufriedenheit zu erregen versuchte.

Doch war Jimmie nun bereits vorsichtiger geworden. Seine Gefährtenstraße hatte so viel Leid über sein Heim gebracht, daß er nicht mehr zu Hause kommen wollte, er wollte sich von den Sorgen um die Kinder nicht mehr zu verschweigen. Er schickte zu seinen Hebereten und Jimmie verließ häufig über ein Los murrend das Haus. Was hat es für einen Sinn, eine Frau bilden zu wollen, deren Bild nicht weiter reicht als ihr Köpchen? Wenn man sich in neblige Höhen des Hedonismus erhebt, ein Weltbürger werden wollte, so ist ein einziger „Kopf“ einen an den „Kopf“; ein einziger „Kopf“ und die „Köpfe“ der Erinnerung an „Kittchen-Menen“ und die „Köpfe“ der Erinnerung an „Kittchen-Menen“ in den Klüften seines Geistes anstießen, er erlebte von neuem die erhabene Stunde, da er dem Geißel getrotzt und die Rechte des amerika-

nischen Bürgers gefordert hatte. Und es verlangte ihn, diese Tat äußerster Kühnheit richtig gemerkt zu sehen. Die arme, blinde, äussere Kizze vermochte nicht mehr den innersten Seelenbedürfnissen ihres Mannes zu genügen.

Jimmie selbst war während der Zeit seiner Ehe so häuslich gewesen, wie dies ein Propagandist eben sein kann. Er lehnte sich nach einem elenen Helm und mußte dieser Sehnsucht genügen, indem er im Hof aus einer Holzbox ein Häuschen für Jimmie junior ammerzte. Er hatte sogar im Sommer, wenn die Tätigkeit der Ortsgruppe abklang, an seinen milden, ruhebedürftigen Sonntagen ein Gärtchen angelegt. Jetzt aber erfüllte der Gedanke an den Krieg sein ganzes Denken und Trachten; er empfand tödliche Angst um die Zukunft der Menschheit, wurde von unsichtbaren Gewalten dem Martertum und häuslichen Zwisten zugetrieben.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Schauspielhaus. (Katerina Zwanzowa.) Das Drama einer aus dem Geiste geschleuderten, kerkerlos gewordenen Seele. Und das Drama der Schwäche, ein Dokument lebender kapitalistischer Kultur. Durch die Dichtungen des Russen Leonid Andreev geht ein Zug der Mäßigkeit, des Fatalismus. Seine Menschen sind zu kräftigem Willensakt nicht mehr fähig; stumpf extrahieren sie nach einem vergeblichen verzweifelten Aufstöhnen das Unmögliche. Diese Katerina Zwanzowa, die durch die sehnsüchtigen Revolvergeschosse ihres Mannes zu dem Ehebruch gezwungen wird, dessen sie in jener Nacht mit ihm ungerecht beschuldigt wird, ist auch nach der Auslösung mit ihrem Gatten, nach der Rückkehr in die Kamille nicht mehr imstande, die entsetzten Triebe ihrer Sinnlichkeit zu beherrschen und taumelt wie eine Schlafwandlerin dem Abgrund entgegen. Und dieser sozialistische Ethiker ist nicht fähig, die Anselme aufzufassen, und erachtet lieber Blige und Schmutz, als daß er sich „zum Richter über sie macht“. Er beschönigt das vor sich mit dem Gefühl der

Die Vertreter der westlichen Schule fordern deshalb alle Eltern und Erzieher der 31. Volksschule auf, den dogmatischen Religionsunterricht abzulehnen und dafür ihre Kinder an dem von den Lehrern gegebenen Moralunterricht teilnehmen zu lassen. Nähere Auskunft wird erteilt durch die Elternratsmitglieder: Gustav Meisch, Schiebstr. 41, 1. M., Otto Damm, Schiebstr. 29, 111. Mitte, Paul Krone, Morauer Str. 16, Franz Viehweg, Schönefelder Str. 20, part. 7. Erklärungen für oder gegen den Religionsunterricht sind an diesen Stellen zu haben.

Warnung vor einem Betrüger. Vor einigen Tagen versuchte in der Waldstraße ein Betrüger Geldbeträge zu erlangen, indem er vorstelligte, daß er im Auftrag des Gewerkschaftskartells komme. Das ist un wahr. Vom Gewerkschaftskartell ist niemand beauftragt worden, Hausfassungen vorzunehmen. Die Volkshausmarken werden durch die Funktionäre der Organisationen verteidigt.

Nützlichkeit von Schulkräften. Die Einlösung der Quittungen über die in den Schulen eingezahlten kleinen Beiträge zur 4. bis 9. Klasse ist noch nicht in dem erhofften Umfang erfolgt. Es warten noch fast 2000 Posten im Gegenwert von etwa 90000 Mk. auf Abhebung. Den mit der Rückzahlung beauftragten Direktoren und Lehrern liegt daran, nun endlich zum Abschluß zu kommen. Sicher ist in vielen Familien der Quittungsschein, der als Ausweis aufzuheben war, verloren gegangen oder verlegt worden. Um auch diesen Zeugnissen entgegenzukommen, wird ihnen in den meisten Fällen der Betrag, über dessen Höhe die Zeichnungsscheine in den Schulen Ausschluß geben, nach Abzug des Kursverlustes ausgedrückt werden, wenn sich die Empfangsberechtigten durch Familienbuch ausweisen und ordnungsgemäß Quittung leisten.

Kein Ausschank von Alkohol in der Nacht in der Hauptbahnhofswirtschaft. Infolge Verfügung des Polizeiamts der Stadt Leipzig werden in der Hauptbahnhofswirtschaft vom 1. Dezember 1920 an in der Zeit von 11,30 Uhr nachts bis 6 Uhr vor mittags alkoholfreie Getränke nicht mehr zum Ausschank kommen. Es sei bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hingewiesen, daß das Betreten dieser Wirtschaft während der angegebenen Stunden nur Reisenden mit Fahrkarte gestattet ist; Verstöße hiergegen werden besonders streng bestraft.

Die Feuerwehre in Tätigkeit. Ein Balkenbrand wurde am 20. November nachmittags in dem Grundstück Gundorfer Straße 80 beseitigt, ferner ein Stubenbrand in der Konstanztstraße 23. Ferner wurde am 24. November nachmittags in der Richard Wagner-Straße 11 und Brühl 40 je ein Balkenbrand beseitigt.

Rohlenmeldefarben für meldepflichtige Betriebe. Die Dezembermeldefarben für Betriebe mit einem vom Landesohlenamt Dresden anerkannten Brennstoffbedarf sind beim hiesigen Kohlenamt eingetroffen und können Gerberstraße 3, 1. Stock, Zimmer Nr. 28, während der Verkehrsstunden von 8—1 Uhr in Empfang genommen werden.

Diebstahl einer Ideal-Schreibmaschine! 450 Mk. Belohnung! Nach einer amtlichen Bekanntmachung in dieser Nummer ist in der Zeit zwischen dem 20. und dem 22. November aus einem Kontor in der Ritterstraße eine Ideal-Schreibmaschine Nr. 4392 gestohlen worden. Es wird vor deren Ankauf gewarnt. Die geschädigte Firma hat 450 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Fleisch- und Wurstverkauf. Freibank I Nr. 6251—7020; Freibank II kein Verkauf. Von 9 Uhr an: Baumgarten-Woikstraße, Hentschel-Gerberstraße, Hädrich-Kleinspöcker, Hädrich-Plagwitz, Wolf-Kleinspöcker, Wöhle-Mödem, Wöhle-Anger, Müller-Connewitz, Hoffmann-Wächterstraße, Schönberg-Beidstraße, Giesler-Lindenau.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Presse zur Regierungsbildung.

Außer den Unabhängigen hat noch keine der Parteien un zweideutig zu der Regierungsbildung in Sachsen Stellung genommen. Um so heftiger wird inzwischen aber der Kampf mit lösenden Phrasen in der Presse geführt. In den bürgerlichen Organen ist die Stimmung zwar sehr herabgedrückt, nachdem der Versuch, die Gegenläufer der rechtssozialistischen Partei zu vertiefen, durch das Einwirken der Dresdener Richtung sich als wenig wirksam erwiesen hat. Nur die Leipziger Neueste Nachrichten haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Sie schimpfen wie die Rothsapfen und malen den Reichsheitern die bolschewistische Gefahr in den grauigsten Farben vor. Zwar müssen auch sie zugeben, daß die Aktien für eine bürgerliche Regierung recht schlecht stehen. Aber sie trösten sich damit, daß eine sozialistische Regierung durch die kommunistischen Querwänter bald gestürzt werden würde und dann eine bürgerliche Minderheit die „Verwaltung der Konturmasse“ übernehmen müßte. Dabei wird freilich außer Berechnung gestellt, daß sich das sächsische Volk eine bürgerliche Minderheitsregierung keine 24 Stunden gefallen lassen würde.

Der Gedanke einer sogenannten Regierung der Mitte ist jetzt selbst von der Dresdener Volkszeitung aufgegeben, die auf eine Meldung der Zittauer Morgenzeitung, daß die demokratische Partei eine Regierungsbildung sowohl mit den Unabhängigen wie mit den Deutschnationalen ablehne, antwortet:

„Aus den seitherigen Auslassungen darf geschlossen werden, daß die Demokraten höchstens bereit wären, in eine Regierung der Mitte unter Beteiligung von Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei einzutreten. Eine solche Regierung kann aber solange nicht für uns in Betracht kommen, wie die Unabhängigen an einer Regierungsbildung mit uns bereit sind. Aber auch im Falle des Zerfallens der Verhandlungen zwischen Sozialdemokrat

kraten und Unabhängigen würde eine solche Regierung der Mitte kaum die Zustimmung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft finden.“

Diese Einsicht ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Chemnitzer Volkstimme, die unmittelbar unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft steht, die Lockung der bürgerlichen Mattensänger sehr eindeutig ablehnt. Sie bezeichnen jede Koalition mit den Schildekrägern kapitalistischer Monarchischer Interessen als eine Politik des Selbstmordes. „Keine Gemeinschaft, sondern unerbittlicher Kampf! Das ist der Wille unserer proletarischen Wähler, das ist das klare Verlangen unserer Genossen im Lande. Und danach wird gehandelt!“ Sehr bezeichnend für die Stimmung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist eine Antwort der Chemnitzer Volkstimme an die Chemnitzer Arbeiter, in der es heißt:

„Die Belegschaften verschiedener Chemnitzer Betriebe richteten an uns heute vormittag die telephonische Anfrage, ob die bürgerlichen Pressenmeldungen, wonach ein gemeinsames Regieren der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei in Sachsen bereits sicher sei, den Tatsachen entspräche. Um diese Befragten und die damit bereits verbundene Erregung zu beheben, erklären wir hiermit, daß an diesen Blättermeldungen kein wahres Wort ist. Die sozialdemokratischen Parteinstellen und die Landtagsfraktion haben zu dieser Frage überhaupt noch nicht Stellung genommen. Eines aber steht für uns fest: eine solche gemeinsame Regierung zwischen uns und der Volkspartei kann nicht zustande kommen. Sie würde, wie uns ebenfalls schon aus Betrieben mitgeteilt worden ist, zweifellos die Partei zer schlagen. Bei den bürgerlichen Parteien ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Jeden christlichen Sozialdemokraten muß eine solche Zumutung aber genau so wie uns selber beleidigen.“

Resigniert bemerkt das Leipziger Tageblatt zu den Auseinandersetzungen in der rechtssozialistischen Presse:

„Hieraus geht das eine klar hervor, daß der Kampf hinter den Kulissen der sozialdemokratischen Partei um eine Regierungsbildung von Bülher bis Sindermann augenscheinlich zugunsten der Chemnitzer Richtung, die eine solche Koalition glatt ablehnt, entschieden ist. Das mehrheitssozialistische Hauptorgan, das vorher einer Koalition von Bülher bis Sindermann zumindestens nicht ablehnend gegenüberstand, schwenkt allmählich auf die Chemnitzer Linie der Ablehnung ein und verstreut ihren Umfall hinter die „Zustimmung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft“. Daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft nun so will, wie ihre Führer wollen, hat man schon öfter erlebt. Die sozialdemokratische Partei vermag es leider nicht über sich zu gewinnen, endgültig mit der negativen Tradition der Vorkriegszeit zu brechen und entschlossen in ein positives Fahrwasser überzusteuern.“

Aber nicht nur dem Bürgertum ist es unangenehm, daß die Ausrichtungen auf die Verwirklichung seiner Pläne immer trüber wird. Auch die Kommunisten und Neu-Kommunisten fürchten die zunehmende Erkenntnis von der historischen Notwendigkeit in der Arbeiterklasse, die ihrem Agitationsbedürfnis den Boden entgegen zu räumen. Sie wissen: Einer sozialistischen Regierung gegenüber müssen sie Farbe bekennen. Entweder sie arbeiten mit ihr gemeinsam im Interesse der Arbeiterklasse, oder sie helfen durch Preisgabe der sozialistischen Einheitsfront der Gegenrevolution in den Sattel. Vorläufig legen sie sich über die für sie immer dringlicher werdende Situation noch mit den üblichen Verdächtigungen hinweg. So schreibt die Internationale:

„Im übrigen stellen wir fest, daß sowohl die Rechtssozialisten sowie die Unabhängigen nicht die geringste Reue zeigen, wirklich die proletarischen Interessen zu vertreten, aus Furcht, sich mit den Kommunisten allzu eng zu verbinden. Nicht die Kommunisten hindern die Einheitsfront des Proletariats, sondern die beiden anderen Arbeiterparteien, die sich entweder ganz offen mit dem Bürgertum verbinden, oder aus Feigheit vor dem Kampf mit der Bourgeoisie zurückweichen.“

Wolff meldet: Der Buchhändler Richard Lipinski, Reichstagsabgeordneter und Führer der sächsischen USP, hat auf sein Mandat zum sächsischen Landtage verzichtet.

Bei der großen Bedeutung, die Herr Lipinski der Teilnahme der Rechtsunabhängigen an der sächsischen Regierung beilegt, ist diese Mandatsniederlegung das deutlichste Symptom, daß Herr Lipinski an das Zustandekommen einer rechtsunabhängig-rechtssozialistischen Regierungskoalition selbst im Ernst nicht glaubt — es sei denn, daß der durch seine Ministerkürstlichkeit bekannte Herr Lipinski an eine baldige Regierungsreaktion im Reiche glaubt und sich für höhere Zwecke in Reserve hält.“

Die Internationale muß ihren Lesern schon ein Uebermaß von geistiger Schwerfälligkeit zumuten. Wir haben sehr eindeutig zu erkennen gegeben, daß wir eine rein sozialistische Regierung unter Beteiligung aller proletarischen Parteien fordern. Also, nicht wir verbinden uns mit dem Bürgertum oder schrecken vor dem Kampf mit der Bourgeoisie zurück, sondern die Halb- und Ganz-Kommunisten, die die Regierungsbildung ablehnen und dadurch direkt die Geschäfte der Gegenrevolution besorgen.

Noch plumper, aber deswegen gerade die wirkliche Absicht noch deutlicher verrätend, äußert sich das durch besondere Klarheit ausgezeichnete neu-kommunistische Halle'sche Volksblatt:

„Demgegenüber gilt es nun, ganz klar folgendes festzuhalten: Der Eintritt der Rechtsunabhängigen, von den Rechtslern wollen wir erst gar nicht reden, in eine solche Regierung ist Verrat und Dummheit zugleich. Verrat, weil er im Proletariat die Illusion eines Anteils an der politischen Macht verstärkt und große Massen der Arbeiter dadurch einlullt, Dummheit, weil die Enttäuschung kommen muß, weil auch die Lipinski's selbstredend die gegenwärtigen Zustände nicht werden ändern können und das Straf-

gericht über diese angeblichen Anhänger der Diktatur nachher hereinbrechen muß, als über die Rechtssozialisten. Wie alles, was gegen die Revolution unternommen wird, mit etwa jede Unterdrückung unserer Presse, jede Einkerkelung unserer Genossen, trägt natürlich auch dieser Verrat mittelbar zur Stärkung der Revolution bei, indem die Arbeiter zur rascheren Abkehr von den Verrätern bewogen werden. Insofern kann uns eine solche „rein sozialistische“ Regierung nützlich sein. Ebenlowenand aber, wie wir deshalb den Staatsanwalt unterstellen werden, daß unsere Zeitung verbietet, ebenlowenig haben wir den Verrat der Rechtsunabhängigen zu unterliegen, ganz abgesehen davon, daß wir dadurch den ganzen Vorteil, den dieser Verrat mit sich bringen kann, zunichte machen würden. Sicherlich ist es für uns vorzuziehen, wenn die Lipinski's uns selbst unsere Aufgabe, sie als Verräter und Illusionspolitiker zu entlarven, dadurch erleichtern, daß sie vor aller Welt ihre Programme verleugnen und in die Reglerungsstühle hineinstrecken, daß sie vor aller Augen bewiesen, daß ihre Politik die Macht des Proletariats ebenlowenig stärken kann, als es die der Rechtssozialisten vermochte. Aber zu diesem Dienst, den sie der Revolution erweisen, dürfen wir sie, wenn wir uns nicht mitschuldig machen wollen, nie und nimmer auffordern, darin dürfen wir sie nie und nimmer unterstützen.“

Entweder — oder: Entweder ist es, was kein Kommunist glaubt, möglich, durch Teilnahme an der parlamentarischen Regierung die Macht des Proletariats zu stärken, dann müßten wir selbst hinein, oder es ist unmöglich, dann dürfen wir auch die Rechtsunabhängigen in keiner Weise auffordern, es zu tun.

Diese Spekulation ist doch wirklich zu dumm, um noch ernst genommen zu werden. Die „Politiker“ des Halle'schen Volksblattes wollen also bewegen nicht in die Regierung — und bewegen wollen sie uns auch, im Gegensatz zum kommunistischen Kämpfer, nicht dazu auffordern — weil sie wissen, daß man in Sachen allein „selbstredend die gegenwärtigen Zustände nicht wird ändern können.“ Aber sie hoffen, die neue Regierung werde so dumm sein, gegen die kommunistischen Maulhelden Repräsentanten zu ergreifen und ihnen Agitationsstoff liefern, mit dem sie nach Wollauer Rezept die Stine gewisser Elemente umwehen können.

Damit ist die niederträchtige und jeder Rücksicht auf die Bedürfnisse der revolutionären Arbeiterklasse bare Kampfesweise dieser Politikaster enthüllt. Ihr ganzer Kampf gilt nicht dem kapitalistischen Bürgertum, sondern den eigenen Klassen genossen, die nicht auf jede Phrase hineinfallen, sondern inmitten aller politischer Wirren den Kopf oben behalten haben und den geraden Weg zum Sozialismus weiterführen.

Gener verzichtet auf sein Landtagsmandat.

Wie der Dresdener Anzeiger erzählt, beabsichtigt der im ersten und zweiten Wahlkreis gewählte Ugo Gener sen. auf dieses Mandat zu verzichten. Im ersten Wahlkreis würde in diesem Falle an seine Stelle voraussichtlich der Metallarbeiter Ebert. Dresden und im zweiten Wahlkreis der Korrektor Meyer-Weipitz-Volkmarstorf treten.

Riesa. Zwischen den Gemeinden Riessa, Gröba, Weida, Rödera, Zeithain, Gröbisch, Ründrich und Gläubitz schweben gegenwärtig Verhandlungen zur Gründung eines Gemeindegewerbandes zur Erweiterung des Relpelazaretts auf dem Truppenplatz Zeithain und dessen Ausbau für Kleinwohnungen. In dem vorhandenen Gebäudekomplex ist die Schaffung von etwa 170 Familienwohnungen möglich. Die Herstellungskosten sind auf 10½ Millionen Mark geschätzt. Entsprechender Antrag an das Reich wurde eingereicht. — Die Gemeinde Gröba beabsichtigt zur weiteren Bekämpfung der Wohnungnot die Erwerbung mehrerer Schuppengebäude auf den früheren Pionierübungsplätzen in Neuwelda und Forberge und deren Ausbau zu Wohnungen.

Freiberg. Nach Beendigung der Vorarbeiten soll demnächst der Bau des Braunloshof-Erweiterungsbaus in Angriff genommen werden. Der Stadt zur Verfügung gestellte Gelände an der Leipziger Straße begonnen werden. Zunächst wird das Generatorhaus in Angriff genommen und sein Bau mit allen Mitteln beschleunigt werden, damit die Lösung einer der brennendsten Fragen der deutschen Industrie, die Bergung der Kohlräucher unter gleichzeitiger Gewinnung von Nebenprodukten sobald als möglich ihrer Lösung entgegengeführt werden kann. Die Baukosten der gesamten Anlage sind auf 10½ Millionen Mark veranschlagt worden.

Aus der Umgebung.

Rötha. Aus dem Stadtegemeinderat. Der Haushaltsplan auf das Jahr 1921/22 wird dem Kollegium vorgelegt. Er schließt ab mit einem Fehlbetrag bei der Stadtkasse von 190 404 Mk. und bei der Schulkasse mit 66 870,01 Mk., so daß ein Gesamtfehlbetrag von 257 274,01 Mk. zu verzeichnen ist. Als Deckungsmittel sind folgende Summen eingestellt: Garantiertes örtliches Aufkommen aus Gemeinde- und Schulsteuereinkommen vom Jahre 1919 plus 25 Proz. = 258 000 Mk., Anteil an der Grundsteuer 8000 Mk., an der Umsatzsteuer 6500 Mk., Einnahme aus der städtischen Grundsteuer, à 45 Wfa. für die Grundsteuereinheit, 25 712 Mk., aus Schanfgewerbe-, Luftbarkeits- und Tanzsteuer 6370 Mk. Die städtische Wertzuwachssteuer soll 25 000 Mk. erbringen, so daß eine Gesamtsumme der Deckungsmittel von 329 582 Mk. errechnet worden ist. Von dieser Summe sind 25 000 Mk. Reichsdarlehen abzusetzen und es verbleibt somit eine Deckungssumme von 304 582 Mk. Der Gesamtfehlbetrag stellt sich auf 257 274 Mk. und es würde demnach ein Ueberschuß von 47 308 Mk. verbleiben. Zum Haushaltsplan selbst stellen uns Genossen den Antrag, die 25 000 Mk. Wertzuwachssteuer abzusetzen und einem Fonds zu überweisen, damit nicht die Gekker mit verbraucht werden, sondern angeammelt und zu notwendigen kulturellen Aufgaben zur Verfügung stehen. Die bürgerlichen Vertreter beantragen, den Ertrag der Grundsteuer nicht mit 10 Proz., sondern nur mit 7½ Proz. in Ansatz zu bringen, da der Grundbesitz zu sehr belastet würde. Sollte der Antrag nicht angenommen werden, so würden sie den Haushaltsplan ablehnen. Der Antrag wurde abgelehnt und die bürgerlichen Vertreter stimmten dann geschlossen gegen den Haushaltsplan, nur der Demotrat stimmte mit unsen Genossen. Ein Antrag unsen Genossen Helme, die über 7½ Prozent hinaus erhobene Grundsteuer, zirka 6000 Mk., dem Wohlfahrtsfonds zuzuwenden, wurde abgelehnt, da die Hausbesitzerpartei auch dann nicht mehr zahlen will. Die Hundsteuer wurde um 100 Proz. erhöht. Es kostet nunmehr der 1. Hund 20 Mk. und jeder weitere 40 Mk. Die Armenlistenrechnung auf das Jahr 1918 wird richtigesprochen. Sie schließt mit einem Ueberschuß von 528 Mk. ab.

Die Kartoffelversorgung für die Röthaer Einwohner kann als gesichert gelten, da Abschlässe mit der Landwirtschaft in größerer Zahl erfolgt sind. Als stellvertretende Besitzer zum Mieteingangsamit werden von den Mietern Felix Erbel und von den Vermietern Karl Richter gewählt. Dem Geflügelzüchterverein werden 50 Mk. zu einem Ehrenpreise bewilligt und daran die Hoffnung geknüpft, daß für Kranke und Arme billige Eier geliefert werden. Im vergangenen Jahre ist es schon erfolgt, nur konnte die Anzahl der Eier nicht ermittelt werden. Die Bestellung eines Gemeindebaumwärters wird zurückgestellt und an den in Frage kommenden Ausschuss verwiesen. In der Volkszeitung war in einem Artikel unsen Genossen der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht genügend für die städtischen Arbeiter bei deren Lohnforderungen eingetreten seien, dieser stimmte insofern nicht, da der Beschluß des Ausschusses dahin ging, erst den Lohnstarif zirkulieren zu lassen und dann den Lohn rückwirkend zu genehmigen. Die städtischen Arbeiter haben bis heute noch nicht angegeben, was sie für Lohn haben wollen, da der Lohnstarif mit den dort angegebenen Sätzen nicht in Betracht kommen kann, weil es fast lauter Invaliden sind und mit diesen ist der Lohn besonders zu vereinbaren. Um nun mit dieser Sache zum Abschluß zu kommen, wurde in der letzten Sitzung beschlossen, die Arbeiter im Laufe der Woche zu laden und den Lohn zu vereinbaren. Der hierzu eingesezte Ausschuss hat Vollmacht, den

Schuld, die er durch jene falsche Anklage und durch den brutalen Tötungsversuch auf sich geladen, womit er den verhängnisvollen Anstoß zu den erotischen Extravaganzen seines Weibes gegeben hat. Aber in Wirklichkeit hindert ihn seine moralische Schwäche. Er ist ein Verfallsprodukt.

Die Kunst Leonid Andrejew's spiegelt das wieder, was bürgerliche Beobachter die „breite russische Seele“ nennen. Sie wachen der Schwierigkeit, diesen Zug der Willensschwäche im russischen Bürgertum zu erklären, auf bequeme Weise aus, indem sie ihn für eine Eigentümlichkeit der russischen Rasse ausgeben, womit eben nichts erklärt ist. Die Wurzel dieses Charakterzuges ist in der politischen und ökonomischen Lage des russischen Bürgers zu suchen: Es ist das Gefühl der Ohnmacht, das aus dem Einklemmen zwischen der brutalen Gewalt der zaristischen Krone und der Kraft der aufstrebenden proletarischen Bewegung entsprang. Die russische Bourgeoisie war in politischer Hinsicht hoffnungslos als jede andre, weil sie später als jede andre sich bildete und das erwachende Proletariat gleich auf den Fersen hatte. Dazu das Bleigewicht einer dumpfen, kumpfen Bauernmasse. Es ist, als ob die Andrejew und Gellstegenossen den Untergang des kaum geborenen bürgerlichen Rußlands in der ersten Umklammerung des Bolschewismus voraus ahnten.

Der Gesellschaftskritiker Andrejew ist Dramatiker. Nicht bloß Theatermacher, so wirksam er seine Bühnenspektakel auch zu berechnen weiß. In ihm pulst das Blut des Dichters, das jetzt der erste Anzug. Die Versöhnungsszene zwischen den beiden Gatten ist edelste Poesie. Wie sicher der Dichter hier die herbe Linie wahren Gefühls innezuhalten vermag, wie sicher er die naheliegende Klippe der Nüchternheit vermeidet, ist bewundernswürdig. Und nicht minder bewundernswürdig ist die Kunst, mit der er den Regungen der menschlichen Seele nachzugehen und sie wiederzugeben weiß.

Das Schauspielhaus gab dem Werk eine würdige Verfertigung. Die reise Kunst Vna Carlens schuf eine Zerkatrina von erschütternder Wahrheit. Meisterhaft war das stumme Spiel, hinreichend die trumne Klasse mit den entsetzlichen lichten Momenten. Paul Mederow war als Stibesev nicht weniger überzeugend.

Eine vielversprechende Leistung ist die Lisa Claire Hartens. Hans Steiner, Stella David, Otto Stödel und Bernhard Wildenhain boten das gewohnte, gute charakteristische Spiel. Die Spielleitung Fritz Viehwegs und die Bühnenbilder rundeten das Ganze zu einem genussreichen Abend.

Städtische Theater. Die für Sonnabend, den 27. November, angelegte Aufführung von Paul Graeners Schirin und Gertraude findet unter persönlicher Leitung musikalischer Leitung des Komponisten statt. Am Sonntag, dem 28. November, wird Volodieux Spieloper Die weiße Dame unter der musikalischen Leitung von Prof. Otto Lohse dem Spielplan wieder eingefügt und zwar in Neubesetzung der Titelfolle mit Rosa Lind und des Dikson mit Walter Elchner. Spielleitung Paul Viehheber.

Für diese Spielzeit wurden als Uraufführungen für das Operntheater die parodistische Operette Der große Julius von Armin Petersen und Peter Lux, Musik von Artur Delmar und das Singpiel Es zog ein Bursch hinaus von Karl Engel und Ludwig Habitz, Musik von Otto Böhm, erworben.

Leipziger Volkshor. Sonntag, 28. November, vormittags 11 Uhr, findet das Herbstkonzert im großen Saale des Volkshauses statt, unter Mitwirkung von Opernsänger Hans Lihmann. Eintrittskarten sind noch am Eingang zu haben.

Eingelaufene Schriften.

Karl Seedorf, Das Glaubensbekenntnis eines Sozialdemokraten. Kulturroman. Verlag der Eisener Volkszeitung. Bänkele 101 deutsche Chanlonen. Verlag von Thal u. Co., Wien. Preis 11 Mk., geb. 8 Mk.

Adalbert Kelm, Der Lehmbau. Ein Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Mit 65 Bildern auf 4 Tafeln. J. M. Gebhardt's Verlag, Leipzig. Preis 16 Mk.

Kinderarzt Dr. S. Ketter, die Pflege des Kleinkindes (2. bis 6. Lebensjahr). Verlag der Vörlitzischen Rundschau, Otto Gmelin, München. Preis 10 Mk.

Lohn zu bestimmen und auch rückwirkend zu genehmigen. Weiter wurde beschlossen, den Erwerbslosen für den Winter die erhöhten Sätze zu bezahlen. Zur Zeit haben sich 13 Personen arbeitslos gemeldet. In einer der letzten Sitzungen war angefragt worden, warum das Wort „Königl.“ am Amtsgerichtsgebäude noch nicht entfernt worden ist. Gestern wurde Rückschlus gegeben, der dahin lautet, daß das Justizministerium die Kosten nicht tragen will, es sollen nach einem Gutachten 1000 Mk. Kosten erwachsen. Ob das Justizministerium denkt, es kommen wieder andre Zeiten, vielleicht wie in Griechenland?

Gewerkschaftsbewegung.

Schiedspruch für Leipziger Rechtsanwaltsangestellte.

Der für die Angestellten bei den Leipziger Rechtsanwälten im März 1920 abgeschlossene Tarifvertrag ist von den Angestellten-Organisationen aufgekündigt worden. Der Schlichtungsausschuss Leipzig hat bereits einmal auf diese Gehaltsfrage ab 1. Juli 1920 einen Zuschlag von 45 Prozent für angemessen erkannt und der Demobilisierungskommission hat den Schiedspruch für verbindlich erklärt. In letzter Zeit haben die Organisationen der Angestellten den Schlichtungsausschuss anrufen müssen, weil der Leipziger Anwaltsverein sich weigert, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Herren sind einestseits Gegner eines Tarifabschlusses und andererseits nicht zu überzeugen davon, daß die Sätze vom 1. Juli bereits wiederholt sind. Der Schlichtungsausschuss hat nachstehenden Schiedspruch gefällt:

1. Die durch den für verbindlich erklärten Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zu Leipzig vom 24. Juni 1920 festgelegten Gehaltsätze werden mit Wirkung vom 1. November an um 30 Prozent erhöht.

2. Der Leipziger Anwaltsverein tritt unverzüglich in Verhandlungen mit den Angestellten-Organisationen ein zweites Ereignis. Sollten diese Verhandlungen bis 15. Dezember 1920 zu keinem Ergebnis führen, so bleibt es den Parteien überlassen, den Schlichtungsausschuss über die einzelnen Punkte erneut anzurufen. Die Parteien haben dem Schlichtungsausschuss bis zum 1. Dezember 1920 schriftlich zu erklären, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen.

Innerhalb weiterer zwei Wochen kann für den Fall, daß eine Partei den Schiedspruch nicht anerkennet, dessen Verbindlichkeit durch den Demobilisierungskommissionar beantragt werden.

Die neue Unternehmer-Schutztruppe.

In Magdeburg ist, wie wir bereits mitteilten, am 20. und 21. November ein Gewerkschaftsbund der Angestellten

gegründet worden, der nicht anderes als eine gelbe Unternehmerr-Schutztruppe ist. In den genannten Tagen hatten sich aus dem Hamburger Kaufmännische Verein von 1858, der Deutsche Angestellten-Bund und der Berliner Verein der Deutschen Kaufleute. Sie beschließen die Zusammenlegung der Verbände unter dem Namen Gewerkschaftsbund der Angestellten, mit welcher Bezeichnung sie bereits seit Jahresfrist ein Kartell bilden. Der Sitz des Verbandes wird Berlin; Verwaltungsbezirke werden in Hamburg und Leipzig errichtet. Zu Bundesvorsitzenden mit gleichen Rechten wurden gewählt: Dr. Gornandt (Magdeburg) und Gust. Schneider (Leipzig); stellvertretender Bundesvorsitzender ist Paul Hennig (Berlin). An der Spitze des Aufsichtsrates stehen Sommer und Wachtel, beide in Berlin. Der Gewerkschaftsbund soll nach den in Magdeburg gemachten Angaben 350000 Mitglieder umfassen, und zwar männliche und weibliche Angestellte von kaufmännischen, technischen und Bürobetrieben. Er nennt sich parteipolitisch und religiös neutral, und hebe wirtschaftspolitisch auf dem Boden einer freien deutschen Wirtschaft, in der die Arbeitnehmer neben den Arbeitgebern zu gleichberechtigten Mitarbeitern berufen seien. Seine Gewerkschaftspolitik solle durch „ziel-, verantwortungsbewusste Kultur- und Wirtschaftspolitik“ ergänzt werden.

Da hätten wir also eine ausgeprägte gelbe Angestelltenorganisation, die sich bewußt und absichtlich in den Dienst des Unternehmertums und damit in den Dienst der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stellt. Sie stellt sich dem Kapital zum Kampf gegen die Sozialisierung zur Verfügung, denn „freie Wirtschaft“ ist eben die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft.

Der neue gelbe Bund bewegt sich aber auch im allerengsten nationalitätlichen Rahmen: er will eine freie deutsche Wirtschaft. Soll heißen, er steht auf nationalitätlichem und damit auf imperialistischem Boden. Der neue Angestelltenbund ist also nicht nur ein Werkzeug der Unternehmer bei der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, er ist auch ein Instrument der nationalitätlichen Reaktionäre, die im Anlande das alte System wieder ans Ruder bringen wollen und im übrigen die alten imperialistischen Großmachtsträume nicht aufgegeben haben.

Den Mitgliedern dieses Bundes auseinanderzusetzen, zu welcher traurigen Zweck sie verwendet werden sollen, ist Aufgabe der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten und Arbeiter, die mit ihnen in Berührung kommen.

Umfangreicher Metallarbeiterstreik in Niederschlesien.

Görlitz, 26. November. (U.) In Niederschlesien streiken über 40000 Metallarbeiter. In geheimer Abstimmung in fast allen Streikorten erklärten sich 80-95 Prozent der Arbeiter für die Arbeitniederlegung. Auch bei den Arbeitgebern, die

nicht dem Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens angeschlossen sind, wird nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt, wenn die Arbeitgeber sich hier ablehnend verhalten. Heute finden in Liegnitz Schlichtungsverhandlungen statt.

Ein Gewerkschaftsführer als Leiter des Gasloksyndikats. Der erste Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Hermann, ist, wie der Gewerkschaftliche Nachrichten dienst meldet, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Gasloksyndikats betraut und von seinem Verbandsvorstande auf unbestimmte Zeit und ohne Gehaltsbezug beurlaubt worden. Er behält die Berechtigung, an den Sitzungen des Verbandsvorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen. Die Stelle des ersten Vorsitzenden bleibt bis zum nächsten Verbandstage unbesetzt und die Geschäftsführung im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter geht auf den zweiten Vorsitzenden, Fritz Müntzer, über.

Beendeter Werftarbeiterstreik in Kiel. Die seit mehreren Wochen im Auslande befindliche Arbeiterkassette der Howaldtwerke hat in einer Urabstimmung beschlossen, die Arbeit am Freitag wieder aufzunehmen.

Lebensmittelliste für Sonnabend, den 27. November.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Butter: Letzter Tag — abzugeben Hilfsmarke 70 (40 Gramm). Die nächste Anmeldung erfolgt auf eine Marke der allgemeinen Lebensmittelliste.

Süßstoff: Letzter Tag — abzugeben 9 E der Lebensmittelliste Reihe Q (eine K-Packung).

Ausgabe von Gutscheinen für Grudekoks im Kohlenamt, Gerberstraße 3, I., vormittags 8-1 Uhr Buchstaben T-Z.

Kohlenausgabe für Arbeitslose: auf dem Lagerplatz Plagwitzer Bahnhof, Jahnstraße-Elisabethhalle, vormittags 9-1 Uhr Nr. 1851-1849.

Für Händler.

Büchsenmilch: Abholung vom Lager der Firma August Braun, Fruchtgut, Dresdner Bahnhof, Verjandgüterboden, Luke 15/16, von 8 bis 1/2 3 Uhr Nr. 2501 bis Schluß des Berechtigungsausweises.

Kognak-Rum-Arrak Liköre

Jamaika-Rum-Verschnitt . . . Flasche Mk. 48.—
Kognak-Verschnitt 45.—
Franz. Weinbrand-Kognak 55.—
Gebirgsgeist Edelbranntwein 40.—
sowie eine große Auswahl anderer Liköre und Weine.

Alfred Kriegel Nachf., L.-Lindenau, Merseburger Str. 70.

Infolge Sturms sind die Flügel gering und die Preise hoch.
Empfohle aus heutiger Ladung:

ff. Nordsee-Kabeljau
Portionsflasche, Pfd. 2.75 Mk.
Bei 3 Pfd. 1/2 Pfd. Tafelstent gratis.

ff. Nordsee-Schollen
3 Pfd. 5.50 „

Meine Spezialität:

ff. zarte Vollheringe
Pfd. 1.50 Mk.

ff. neue deutsche Fett-Vollheringe . . . Pfd. 5.50 „

Bitte Papier mitbringen!

Bei Abgabe von 10 Pfd. Zeitungspapier
3 Pfund zarte Vollheringe
und
1/2 Pfund Gewürz-Schellfische

Spezial-Merlins- u. Fischwaren-Großhandl.
Walter Baumann
Wurzner Str. 2a. Tel. 60721.

Kaufgeuche

Alte, auch zerbrochene
Grammophonplatten
zu Tagespreisen
kauft a. Selbstverbrauch.
Schallplattenfabrik
Isi-Werke
Leipzig, Dörfner Str. 26
Tel. 418. Straßenb.-2.1

Kaufe

Gold- u. Silberwaren
Platin // Uhren
Schmuckgegenstände

Mag Israel
Uhrmacher-Laden
Bromenadenstraße 51

Metalle :: Altelsen
Lumpen
Papier :: Zeitungen
Bücher kauft von
9-12 und 1-5 Uhr
Schulze, Eisenbahnstr. 128

Familien-Nachrichten

Montag, den 22. November, verstarb nach kurzen Leiden unser Kollege und Mitarbeiter, der Schlichter

Ernst Wölfer

Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Die Arbeiterschaft der Firma
C. P. Goerz.

Mittwoch, früh 1/10 Uhr, verschied nach langem Leiden im Alter von 38 Jahren, mein innigstgeliebter, unerschütterlicher, treulicher Gatte, der Konditor

Max Kampa

Leipzig, Ratibor (D.-Schl.) und Meuselwitz.
Die tieftrauernde Gattin
Marie verw. Kampa geb. Taubert
nebt allen Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonnabend, 27. November, vorm. 11 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes.

Heute vormittag verschied nach längerem Leiden, jedoch für uns unerwartet, unsere liebe, treuliche Müller, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die Rohprodukt-Händlerin

Franziska verw. Reck geb. Oette

im 61. Lebensjahre. Schmerzerfüllt zeigt dies hierdurch an

L.-Stöckerstr. den 25. November 1921
Zuckelhäuser Str. 4

Paul Kack
im Namen aller Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Montag, den 29. d. M., vorm. 11 Uhr, von der Kapelle des Stöckerthor Friedhofes aus statt.

Alt-Metalle
:: Lumpen ::
Zeitungen :: Most
u. w. kauft

Dammenhann
8 Voltmarodori, Rischtr. 8
Sten Sie bitte auf die Nr. 8

FELLE
kft. kauft, auch v. Händlern
E. Mielert & Sohn
Brühl 69, Hof, 2. Tür links

Alle Sorten rohe Felle
kauft und holt auf Wunsch ohne jede Preisstärkung ab
Tauchaer Str. 38
B. Jacob
Telephon 9243.

Winter-Mäntel

zu extra billigen Preisen:

Serie I aus kräftiger dunkel-mollterter Ware, beste Verarbeitung . . . 195

Serie II aus dickwoll. Winterware, in verschied. modernen Formen . . 295

Serie III aus warmem reinwoll. Flauchstoff, in mod. Formen und Farben . 395

Serie IV aus reinwoll. Flauchstoff, in verschieden. aparten Schotten . . 495

EBERT

Größtes Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kindergarderobe in Sachsen

Flotter Manier, aus kräft. karierten Winterstoff . . 195 M

Brennholz

Trockenes Hart- und Weichholz à 3tr. von 13.— M an
Prima Fufferrüben . . . à Zentner 15.— M

Abgegraben - Räumung.
Dresdner **Paul Hachenberger** Pabelstr. 4
Frell. Bahnhof Tel. 4161

Billig! Achtung! Billig!

Gefrier-Rindfleisch Pfund 7.50 bis 8.00 Mk.
Frisches Rindfleisch Pfund 10.00 bis 11.00 Mk.
Gehacktes Pfund 12.00 Mk.

Ludwigstraße 20

Geschäfts-Eröffnung

Allen Sport-, Fußball- und Turnvereinen zur gefälligen Kenntnis, daß ich mit heutigem Tage Demmeringstr. 12 (gegenüb. Deutsches Haus) ein

Sportbedarfsgeschäft

eröffne. Indem ich versichere, nur Qualitäts-Artikel zu mäßigen Preisen zu führen, bitte ich um gütigste Unterstützung

Sporthaus des Westens :: Paul Zilcher

Achtung! Billige Fleischtage

Frisches Rindfleisch zum Kochen u. Braten Pfd. 10.—

Gehacktes Pfd. 13.—

Gehacktes Pfd. 12.—

ff. Fleisch- u. Wurstwaren in bekannter Güte

Bruno Bauer
Eisenstraße 32. Telephon 6193.

Großfleischerei Wurstfabrik

Oskar Deckert

Fernsprecher 50855 D.-Gohlis Johann-Georg-Str. 1

Empfehle in bekannter Qualität

Lammfleisch 13 Mark das Pfd.

Knackwurst 16 Mk. Knoblauchwurst 10 Mk. Blut- und Leberwurst 12 Mk. das Pfund.

Sämtliche Fleisch- und Wurstwaren enthalten kein (Schwefel)fleisch.

„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“ von Karl Marchionni. — Preis 2 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Unwillige Bekanntmachungen.

450 Mark Belohnung!

In der Zeit zwischen dem 20. und dem 22. November ist aus einem Kontor in der Ritterstraße 1 Schreibmaschine, Marke Ideal, Nr. 4302 (ohne Schutzkappen) gestohlen worden.

Die bestohene Firma legt auf Ermittlung des Diebes 150 Mark und auf Wiedererlangung der gestohlenen Schreibmaschine 300 Mark als Belohnung aus.

Sachdienliche Beobachtungen wolle man schnellstens an die Kriminalabteilung mitteilen zu Nr. 3. u. l. 3191/20.

Leipzig, den 25. November 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Haar- und Kleinfunde in ausgebrachten in den Grundbüchern Wälfauer Str. 78, Nonnenstraße 13, Wilschburger Straße 88, Jahnstraße 34 und Engelmannstraße 18.

Öffentliche Gesamtsitzung der Handelskammer Leipzig

am Montag, dem 29. November, nachmittags 8 Uhr im Ausschussgebäude, Neues Börsegebäude, Ausgang A, I. (vom Wilschburgerplatz).

- 1. Vortrag des Herrn Dr. Albert Stecha über: Gigantismus und seine Bedeutung für den deutschen Kaufmann. 2. Richtigstellung der Interessenvertretung für Industrie und Handel. 3. Die Sozialversicherungsansprüche des Reichswirtschaftsrates und des Reichslandvolkes und die damit zusammenhängenden Fragen.

3. Sonnabend, vorm. von 8-11 Uhr: Briefwechsel bei Bunge. 4. Jentner 8.25 Wt. Wiederbelebung der Fahrräder und Reparaturwerkzeuge.

Sparkasse Paunsdorf. Geschäftstags: Montags bis Freitag 8-2 Uhr, Sonnabends 8-1 Uhr. Zinsliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent.

Achtung! Von Freitag ab: Achtung! Frisches Rindfleisch... Pf. 11.- Frisches Hammelfleisch... Pf. 11.- Gehacktes von frischem Fleisch... Pf. 12.50

Kalbskeule .. à Pfund 12.00 Mk. Kalbsniere .. à Pfund 12.00 Mk. Pfefferfleisch .. à Pfund 12.00 Mk.

Gold-, Silber-, Platinware sowie Zahn-Gebisse Quecksilber Alt-Metalle kauft Schuster & Heise

Robtschlächtere Hoffmann Wächterstr. 20 Sonnabend 8 Uhr ab: Prima Rostfleisch u. Gehacktes Knoblauchwurst, Blutwurst, Sülzenwurst.

Gardinen- u. Wäschehaus Kühn Leubsch, Hauptstraße 20, 1. Treppe Elegante Stores, 72.- 98.-, Klinkergardinen, 95.-

Kupfer, Blei Messing, Zink Kupfer, Blei Messing, Zink kauft G. G. Paul Turnerstraße 13.

Schafwolle kauft und tauscht gegen Ia. Seidenwolle D. Kraus, Seifherd, Dürmer Str. 71. l.

Leipziger Bücher-Nachschalle Burgstraße 22-24, gegenüber dem Thüringer Tor. Große Auswahl, billige Preise, kein Kaufmann.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Redegewandte Damen und Herren (auch Kleingewerbetreibende) zum Vertrieb von unechten Schmuckwaren an Privatsachen hohe Provision sofort gesucht.

Gebl. Steinmetz, welsch. Firm i. Zementarbeit, 11. a. dauernd als Vorarbeiter gel. Zementbaugew. Thetia, Mühlstr. 12. Ausschneiden! Briefl. Ausbildung für Maurer und Zimmerer

Verkaufe

Feuerholzhandlung an Ostpr. Blütenholz inkl. Dose u. Worta, 9 Pfund Inhalt, 140 Mk., geg. Raab. verb. Sinter Paul Krox, Liebstadt, Döberitz.

Wichtig! Die besten, billigen Kartoffeln auch zehnerweise, abis in Schönefeld, Döberitzstraße 23

Brennholz geschnitten, 8 Jentn. 13 Wt., verkauft ab Bahnhof Thetia Deutschmann

Leberauschnitte kauft man, trotz der hohen Federpreise, am billigsten bei Dezer, L. Gohlis, Stadstr. 7.

Arbeitschuhe elegante braune u. schwarze Herren-Schnürschuhe

Paletot/Älster Analoge Socken bis zu neu und getragen Windmühlentstr. 33. l. Cta.

Manchesterhosen, Arbeitsschuhe, eleg. braune, gelbe u. schwarze Herren- und Busschenschuh-Schuhe

Art engl. Ledertuchhosen ab 90.- Mark

Wichtig! Militärische Älster Elegante neue Älster Gepanzerter Paletots

Stoffhosen, neu, 92 u. 125.4 Auslegung, 180 u. 245.4 Preis, 1. (a. B. 18.1) 81.25.4 Lindenau, Döberitzstr. 4, l. r. Nähe Diakonissenhaus.

Barbananjanus, neu, passend für Konfirmanden, v. pr. v. Lind, Denrichstr. 10, pt. lfo. Gebrod und Salto-Ansatz, fast neu, große H. v. pr. v. Rod, Joh. Georg-Str. 13. l. r.

Winter-Blusen tolle Ausführe, Stück 50.- 20.- und 30.- Blusen konfekturartig, von 50.- an, demold, Schenkerstr. 13. pt. lfo.

Achtung! Kleiderhaken, von 38.50 an Kleiderhaken, 42.- Kleiderhaken, 38.- Kleiderhaken, 38.- Kleiderhaken, 78.00, 1. l. r.

Wichtig! Mantel, warm, i. 4-5l. Kind bis 1. Conn. Erntestr. 19. pt. lfo.

Umgepreble Herren-Hüte billig zu verkaufen, per Stück 30 Mark, Leipziger Antiquarier, Ortmannstr. 10. l. r.

4x Bettwäsche, 4 Bettdecken, mehr Meterdecken, Wäsche prima Ware, passend, Weichnadelgeschl. Anstrich, 71. l. r.

Gehrock-Anzüge, 350 an einzelne Gehrocke und Fracks ab 100 Wt., verkauft P. R. Frommannstr. 12. l. r.

Arbeitschuhe, elegant braune u. schwarze Herren-Schnürschuhe

Paletot/Älster Analoge Socken bis zu neu und getragen Windmühlentstr. 33. l. Cta.

Manchesterhosen, Arbeitsschuhe, eleg. braune, gelbe u. schwarze Herren- und Busschenschuh-Schuhe

Art engl. Ledertuchhosen ab 90.- Mark

Wichtig! Militärische Älster Elegante neue Älster Gepanzerter Paletots

Stoffhosen, neu, 92 u. 125.4 Auslegung, 180 u. 245.4 Preis, 1. (a. B. 18.1) 81.25.4 Lindenau, Döberitzstr. 4, l. r. Nähe Diakonissenhaus.

Arbeitschuhe, elegant braune, gelbe u. schwarze Herren- und Busschenschuh-Schuhe

Paletot/Älster Analoge Socken bis zu neu und getragen Windmühlentstr. 33. l. Cta.

Uhren Gold- und Silberwaren Größte Auswahl in jeder Ausführung und Preislage. Reparaturwerkstätte Max Kari Müller, Königsplatz 5.

Neue BETTEN m. u. ohne Matr., v. 100.- an Reuschhof, Reinhardtstr. 12, Nähe Kirch- u. Marktstr.

Damen-Kleiderstoffe leicht extra billig! 1 Rollen Colienne in 4 sparten neuen schönen Farben

Eleganter Kaschmir-Serge, leichte Kleiderstoffe 130 cm breit 135.- Elegante Popeline, Serge Kammgarnstoffe für Kleider-Kostüme

Kaufhaus Gebr. Held L. Lindenau Moritzburger Str. 34 Ecke Demmeringstr.

Arbeitschuhe, elegant braune u. schwarze Herren-Schnürschuhe

Paletot/Älster Analoge Socken bis zu neu und getragen Windmühlentstr. 33. l. Cta.

Manchesterhosen, Arbeitsschuhe, eleg. braune, gelbe u. schwarze Herren- und Busschenschuh-Schuhe

Art engl. Ledertuchhosen ab 90.- Mark

Wichtig! Militärische Älster Elegante neue Älster Gepanzerter Paletots

Stoffhosen, neu, 92 u. 125.4 Auslegung, 180 u. 245.4 Preis, 1. (a. B. 18.1) 81.25.4 Lindenau, Döberitzstr. 4, l. r. Nähe Diakonissenhaus.

Arbeitschuhe, elegant braune, gelbe u. schwarze Herren- und Busschenschuh-Schuhe

Paletot/Älster Analoge Socken bis zu neu und getragen Windmühlentstr. 33. l. Cta.

Manchesterhosen, Arbeitsschuhe, eleg. braune, gelbe u. schwarze Herren- und Busschenschuh-Schuhe

Art engl. Ledertuchhosen ab 90.- Mark

Zeitungen Bücher, Mosch, Metalle .. kauft Winkler, Dresdner Str. 14, Lad. Tel. 6650. Stätterig, Gabelstraße 33, part. rechts. Gohlis, Breitelstraße 4, part. rechts.

Wachswannen großer Vollen, sehr billig, 70 cm lang 45 Wt., 100 cm lang 90 Wt., a. and. Grö. 5 Preileistp. Mäner, Rodau, Leonhardtstr. 11

Rechtsbureau O. Dimmroth, L.-Ind., Rauturmstr. 4 - Tel. 43487. Prozedurberatung, Wadengeldliche, Testamenten, Suche 100 Wt. gegen wöchentliche Rückzahlung, Off. unt. A. 2. 511. 31. Weisker, Str. 30.

Skatspieler finden immer Berliner Str. 28, W. Schäfer.

I. Berleth-Institut für Gesellschaftsanalyse I. Kindermann Neumarkt 1. l. r. Ed. Grimm, St. Elag, Franks u. Gebrüderzange

Umarmen u. Wenden von Damen u. Herren nach neuem, nach Maß, gute Verarbeitung, u. tadellos, St. Gollhard Zucker, Döberitzstr. 28.

Pelzhaus Krebs Anfertigung feiner Pelzwaren Dainstr. 20/24 Tel. 13082

Wohnungen Junges kinderl. besseres Ehepaar sucht 15. Dez. zum möbl. Zimmer, in Königseck, bei alleinst. Frau od. alt. Leuten i. ruhig. Hause, Ein. Wäsche i. Benutzung, Vorort, Döberitz, Off. unt. W. 18 a. C. v. d. W.

Die Qualität spricht für sich! Rindleder Herren-Schnürstiefel Rahmenarbeit! Erstklassiges Fabrikat! 198 M. Nordheimer

Arbeitschuhe, elegant braune u. schwarze Herren-Schnürschuhe

Paletot/Älster Analoge Socken bis zu neu und getragen Windmühlentstr. 33. l. Cta.

Manchesterhosen, Arbeitsschuhe, eleg. braune, gelbe u. schwarze Herren- und Busschenschuh-Schuhe

Art engl. Ledertuchhosen ab 90.- Mark

Wichtig! Militärische Älster Elegante neue Älster Gepanzerter Paletots

Stoffhosen, neu, 92 u. 125.4 Auslegung, 180 u. 245.4 Preis, 1. (a. B. 18.1) 81.25.4 Lindenau, Döberitzstr. 4, l. r. Nähe Diakonissenhaus.

Neues Theater.

Freitag, den 26. November 1920
Der Barbier von Sevilla.
Oper in 3 Akten von Gioacchino Rossini.

Altes Theater.

Freitag, den 26. November 1920
Wagners Ring.
Aufführung in 5 Akten von Richard Wagner.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig

Sonntag, den 28. November 1920, nachmittags 1/2 2 Uhr,
in der Alberthalle:
Friedrich-Engels-Feier
Zur Würdigung seines hundertsten Geburtstages

Dienstag, den 30. November 1920, abends 7 Uhr,
im großen Saale des Volkshauses:
IV. Symphonie-Konzert

ausgeführt vom Grottrian-Steinweg-Orchester unter Leitung
seines Dirigenten Hermann Scherchen, Berlin
Vortragsfolge:
Robert Schumann: Ouvertüre zu Genoveva. — Max Reger:
Romantische Suite. — Joh. Brahms: Symphonie E-moll No. 4

Neues Operetten-Theater.

Freitag, den 26. November 1920
Gräulein Sud.
Operette in 3 Akten von Franz Arnolt und Ernst Bach.

Leipziger Schauspielhaus.

Freitag, den 26. November 1920
Katerina Ivanowna.
Drama in einem Akt und 3 Aufzügen von Leonid Andreev.

Krystal-Palast
Täglich abends 1/8 8 Uhr
Grosse internationale
Ringkampf-Konkurrenz.

Baltenberg
Varieté.
Täglich abends 1/8 8 Uhr
Nur noch bis 30. November
Der grosse
Paul Beckers-Vorleser:
Fliegentütenthorrichs Glück

Weinpalast Eden
Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.
Täglich Moderne Tanzaufführungen

Sonntag, den 27. November
im Saale der Goldenen Krone zu Connewitz
Erzgebirgs-Abend mit Tanz
unter Mitwirkung von Mitgliedern des Vereins

Freireligiöse Gemeinde Leipzig
Sonntag, den 27. November, im Volkshaus-Gesellschaftssaal
HERBSTFEST
Musikalische und dramatische Aufführungen . Ball.

Klein-Kein Weinzwang
Bühne Libelle
Windmühlenstrasse 14/16, dicht am Königsplatz
Erstklassige Künstler!
Zivile Preise!

Westend-Hallen, Plagwitz
Heute Freitag, Grosser Haus-Ball
ab 7 Uhr: Sonntag nachm. 4 Uhr: Ludwigs Lustige Bühne.

Theater in Elsterstraße 42
Kammerspiele. Tel. 12300
Gastspiel des Berliner Residenztheaters
Seute 7 1/2 Uhr

Die Freundin.
Von Hermann Sudermann.
Sudermanns erfolgreichstes Stücken ist ein
Kultur-Dokument 1. Ranges.

Drei Linden
Täglich abends 1/8 8 Uhr
Der grosse
Varieté-Erfolg
12 Welt-Attraktionen

Naturpark Schleussig.
Sonntag und Sonntag gastiert
Max Ferling der berühmte
Bänkelsänger

Königs-Pavillon
Promenadenstr. 8 Fernruf 19271
2 Uraufführungen 2
v. 26. Nov. bis 2. Dez. 2
Der I. Bioscop-Monumental-Film
Der Richter von Zalamea

Kasino-Lichtspiele
Neumarkt Fernruf 19950
2 Erstaufführungen 2
Schwarzwald-
mädel
Großes Volksstück nach der gleichnamigen
Operette von August Neihardt

Lichtspiele
Zschocher
Telephon 40960 Inhaber: M. Raschke
Freitag bis Montag:
Richard Eibbergs gewaltiges Monumentalwerk
Der Fluch der Menschheit

Für Familienfestlichkeiten empfiehlt die

Weingroßhandlung Boltshaus

ihre vorzüglichsten
Rhein-, Mosel-, Pfalz- und Franken-Weine
sowie Frucht- und Bowlenweine
Ganz besonders empfehlen wir unsere diversen
Süßweine aus ersten Importhäusern

Verkaufsstellen:

Restaurant zum Vater Jahn, Jnh. Wilhelm Wittner, Lindenau, Merleburger Str. 80. Tel. 33179	Restaurant zur Suttschachtel, Jnh. Emil Rißbach, Sellaerhausen, Wurgner Straße 72 Tel. 61102
Gasthof Neurenditz, Inhaber Reinh. Kresse, Stöttericher Str. 7 Telephon 7133	Restaurant zur Wilhelmshöhe, Jnh. Erwin Raundorf, Täubchen- weg 46
Otto Müllers Restaurant, Röcken, Knopstr. 32 Tel. 60245	Gewerkschaftshaus Viktoria, Gerberstraße 1, am Hauptbahnhof Tel. 17353
Gustav Reichmuth, Zelter Str. 30 Am Boltshaus	

Lichtspiel-Haus

Nur Lützner Strasse 19

Achtung! **Ich** Achtung!
bringe heute bis Montag die
Bruno Kastner-
Sensation in 8 Akten
Der Feuerreiter.
Ausserdem: **Dorrit Weixler** in dem Lustspiel
Dorrits Chauffeur.

Sonntag 3 Uhr Jugendvorstellung

Preis 60 Pfg. **FREIE WELT** Preis 60 Pfg.

Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

FILMPALAST

L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.

Ab heute bis Montag:
Persönliches Auftreten der Tänzerin
Violetta Napierska
in einigen ihrer aparten Tänze,
der Hauptdarstellerin des gleichzeitig
laufenden Films
Der Fluch der Menschheit
I. Teil
(Die Tochter der Arbeit)
Hierzu ein Belprogramm
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

LICHT-SCHAUSPIELHAUS

Vom 26. bis 29. November
Das gewaltige soziale Monumental-Filmwerk
**Durch die Quartiere des Elends
und des Verbrechens.**

Ein erschütterndes Drama aus dem Jenseits der
Gesellschaft.
6 Riesen-Akte. **6**
Hierzu:
Anna Müller-Linke
Der beliebteste weibliche Komiker in dem Lustspiel
Der geleimte Drachen.
3 Akte 3

Täglich Anfang 5 1/2 Uhr. — Sonntag nachm. 1/4 Uhr
große Familien- u. Kindervorstellung m. Extraprogr.

EISENBAHNSTR. 74 SCH

Licht-U.T. Spiele

Hainstr. 19 Teleph. 3187

Täglich Täglich

Die grösste Sensation:

Lee Parry — Richard Eichberg **persönliches Auftreten**
in ihrem Skotch

Wo nehme ich meinen Filmstar her?

Erstaufführung für Sachsen!
Der erste grösste, gewaltigste deutsche Sensationsfilm
„Staatsanwalt Briand's Abenteuer“

2 Teile **2** Teile

Spannend! Sensationell!

Hauptrollen:
Lee Parry
Violette Napierska

Richard Eichberg
Regisseur:

„Die ungültige Ehe“
I. Episode I. Episode

je **6** Akte je **6** Akte

Anfang 4 Uhr

LUNA-Lichtspiele

Lu-Li Leipzig Eutritzsch Schönebergstr.

Von Freitag, den 26. bis Montag, 29. November

Entblätterte Blüten

5 Akte

Berliner Sittengemälde mit **Mia Pankau**, bekannt
durch „Lilli“ und „Lilla Ehe“ und
Fernwirkung im Dienste der Kriminalistik:
Das Rätsel im Menschen

5 Akte. Hauptrolle: **Hella Lelthner.** 5 Akte.

Sport-

Zigaretten

M. 218.—
per 1000

M. Glaser, Leipzig 3
Katharinenstr. 17
Fernsprecher 3918

Welt-Theater

Barfußgasse am Markt. Fernruf 4870

2 Erstaufführungen



Sie geht denselben Weg

(Das Haus des Lasters)
Spannendes Sitten- u. Charakter-Drama
in 5 Akten aus d. modernen Gesellschaftsleben

**Max Landas sechstes Abenteuer:
Das Geheimnis
des Amerika Docks**

Sensationelles Detektiv-Drama in 5 Akten mit
Max Landa — Ria Jende — Reinhold Schünzel.

Wochentags: 4, 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr.

Billigste Gelegenheiten!
Wachstuche!
Tischdecken, Tischen usw.

Linoleum Tapeten

B. Nestler, Eisenbahnstr. 99
an der Elbfähre.

In 1 Etde. unt. Garantie
vernichten Sie Fische,
Kovf., Räder, Filz.

Läuse

1. Brut (Nissen) bei Mensch u.
Tier mit **Kampoldin**
gel. gelb. Bund. unschd. Verf.
Schleierstr. 12; Kohl. Aug.
Ball. Str. 57; St. Josefstr. 17.

„Läuse“
Brut (Nissen) vernichtet
garantiert
„Napola“ (keine 7-
unter Nadin.)
3.90 inkl. Verpackung durch
Verjandh. C. Reim-
ling, Frankfurt a. M.,
Weberstr. 66. Bei Nichter-
folg zahle Geld zurück.

Billige aber gute und
dauerhafte Schuhwaren
kaufen Sie am besten bei
Heinrich Kliche
Li. Reutersstr. 31, II. M.
Dam.-Spangensch. v. 65. an
D. Schmirch. halb. v. 75. an
D. Schmirch. hohe. 125. an
Br. Damen-Hochschneidestiefel,
Dularenschnitt, 225. an
Herrenstiefel von 120. an
Kinderstiefel von 32. an
Filzschuhe u. Pantoffeln für
Herren, Damen und Kinder
zu **Engrospreisen.**
Bitte besuchen Sie mit.
Klein Kaufzwang.

Durch günstige Einkauf
bin ich in der Lage, an Privat
low. an Händler u. Daullerer
folgende Waren abzugeben:
Kleider- u. Wollstoffe, farb.
Winter- u. Wollblau, Domb.,
Säure, Säuresenftoff, Sack-
barb., Wendenbarb., Bett-
zeug u. Strickwoll, b. Binoner,
Lindenau, Credéstr. 12, I. W. I.

Wild-West.



Ab heute Freitag!
Einlass 3 1/2 Uhr — Beginn 4 Uhr.

Das grösste Ereignis der Saison!

Der erste grosse
Wild-West-
und Farmer-Film mit echten Cowboys, Sioux-Indianern, Prärie-
Banditen und Apachen
betitelt:

Bull Arizona der Wüstenadler

Ein Drama voll von verwegenen Sensationen von der
amerikanisch-mexikanischen Grenze

6 spannenden Akten **6**

Die tollkühnen Reiter Szenen und spannenden Kämpfe zwischen Cowboy, Farmer
und Indianer sind phänomenal und in gleicher Vollendung noch niemals gezeigt
worden. Dieser hervorragende Film ist ein naturgetreues Abbild aus dem ameri-
kanischen Cowboy-Leben und überaus reich anesselnden Momenten und reissen
den Zuschauer zu zwingender Bewunderung hin.

In Chemnitz, Magdeburg, Dresden u. a. Städten war der Zuspruch so
länglich der Vorführung von Bull Arizona so gross, dass der Zugang
zu den betr. Theatern polizeilich abgesperrt werden musste.

Hierzu: **„Eine sturmfreie Bude“**
Lustspiel in 3 Akten.

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstrasse 7 Am Königsplatz